

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando
Einzelschiff 1.90 RM. monatlich 1.90 RM.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsstelligen Anzeigen
jeweils oder deren Raum 60 Pfg.

Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 9. November 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Hughes gewählt!

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 8. November 1916. (W. Z. V.):

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Nördlich der Somme ging tagsüber die Gefechtsstätigkeit über mäßige Grenzen nicht hinaus.

Südlich der Somme griffen die Franzosen beiderseits von Ablaincourt an. Unsere in den Südtail von Ablaincourt vorgeschobenen Abteilungen wurden zurückgedrängt.

Heeresgruppe Kronprinz.
Lebhafte Artilleriekämpfe im Maasgebiet.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
Nichts Neues.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Der Toelgyes-Abschnitt war auch gestern der Schauplatz lebhafter Kämpfe. Der Gegner erlang weitere kleine Vorteile.

Vorwärts des Bodza-Passes sind den Rumänen in den letzten Tagen gewonnene Teile unserer Höhenstellungen wieder entzogen; am Tatar Savas-Pass sind feindliche Angriffe abgeschlagen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Radensen.
Keine besonderen Ereignisse.

Mazedonische Front.

Feindliche Angriffe im Cerna-Bogen blieben erfolglos. Regte Artillerietätigkeit an der Velasica- und Struma-Front.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Der österreichische Generallstabsbericht.

Wien, 8. November 1916. (W. Z. V.) Amtlich wird veröffentlicht:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Südlich und südöstlich des Szurdul-Passes wurden rumänische Angriffe abgeschlagen. Bei Spini und südwestlich von Predeal drängten wir den Feind weiter zurück.

Bei Tartarow schoß ein österreichisch-ungarischer Flieger einen russischen Kieuport-Doppeldecker ab.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
Nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Ruhe im Gdrzischen hält an. An der Fimststal-Front wurden Angriffe einzelner italienischer Bataillone im Colbricon-Gebiet und an der Boche-Stellung abgewiesen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Cseser, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

Am 7. d. Mts. nachmittags haben feindliche Flieger auf die Städte Rovigno, Parenzo und Citta Nuova Bomben abgeworfen. Es wurde nicht der geringste Sachschaden angerichtet.

Flottenkommando.

Hughes gewählt.

Amsterdam, 8. November. (W. Z. V.) Reuter meldet aus New York: Hughes ist gewählt.

Amsterdam, 8. November. (W. Z. V.) Reuter meldet aus New York: Der demokratische (republikanische) Kandidat Hughes hat im Staate New York, der für den Wahlausgang als wesentlich betrachtet wird, gesiegt.

New York, 7. November. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Das heitere kalte Winterwetter, das im ganzen Lande herrscht, und das sehr große Interesse, das der Präsidentenwahl entgegengebracht wird, hatten zur Folge, daß eine ungewöhnlich große Zahl von Stimmen abgegeben wurden.

Siegesfreude des republikanischen Nationalkomitees.

New York, 8. November. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Das republikanische Nationalkomitee erklärt: Der Sieg ist größer, als wir hofften, und zeigt, daß man dem amerikanischen Volke ruhig anvertrauen kann, bei der Präsidentenwahl unter dem Losungswort der Wahlkampagne die richtige Entscheidung zu treffen.

Wahlunregelmäßigkeiten?

London, 8. November. (W. Z. V.) „Daily Chronicle“ erfährt aus New York, es sei, wie das Ergebnis der Wahl auch sein möge, möglich, daß im Staate New York wegen der Teilnahme der Miliz an der Abstimmung Schwierigkeiten entstanden.

Distrikten, in denen die Wähler ansässig seien, gebracht worden, wodurch das endgültige Ergebnis verzögert werde. Gegen die Befähigung dieses Vorgehens werde schon jetzt Beschwerde erhoben.

Das Wahlergebnis noch nicht sicher!

New York, 8. November. (W. Z. V.) Reutermeldung. Während die gestrigen Nachrichten über die Wahl von Hughes so positiv lauten, daß sie von Wilson selbst anerkannt wurden, lassen die letzten Wahlnachrichten aus dem fernen Westen und auch aus anderen Staaten die Lage ziemlich unklar erscheinen.

Die norwegische Antwortnote überreicht.

Kristiania, 8. November. (W. Z. V.) Die norwegische Antwortnote ist heute dem deutschen Gesandten überreicht worden.

Norwegischer Protest gegen eine russische Neutralitätsverletzung.

Kristiania, 7. November. (W. Z. V.) Meldung des Norwegischen Telegrammbureaus. Ein russischer Torpedojäger hat am 2. November ein deutsches Unterseeboot beschossen, als der Torpedojäger 2 1/2 bis 3, und das Unterseeboot 3 bis 4 Seemeilen von Nordens bei Bardø entfernt war.

Der Sieg der Republikaner.

Von M. Beer.

Charles E. Hughes ist gewählt und tritt im März nächsten Jahres die Präsidentschaft an. Bis dahin bleibt Wilson an der Spitze der Verwaltung, aber sein Ansehen ist dahin.

Der Sieg der Republikaner muß sowohl der Einigkeit seiner Partei wie der Taktik der Deutsch-Amerikaner und der Iren zugeschrieben werden. Schon bei den Wahlen im November 1912 hatten die Republikaner die Mehrheit, aber die Abspaltung des von Theodor Roosevelt geführten linken Flügels der Partei — der sogenannten Progressiven — verschaffte den Demokraten den Sieg, trotzdem ihre Wahlmänner 1,3 Millionen Stimmen weniger erhalten hatten.

Der zweite Faktor des republikanischen Sieges war ohne Zweifel die deutsch-amerikanisch-irische Wahltaktik. Die in den Reden Wilsons als Vindictiv-Amerikaner gebrandmarkten Wähler waren unerwartlich entschlossen, ihre politische Macht zu gebrauchen und dem Gegenkandidaten Wilsons — wer auch dieser sein mochte — ihre Stimmen zu geben.

Auf der alten deutschen Genosse Sorge in Hoboken erzählte mir einmal, daß der aus den ersten Jahren des Sozialistengesetzes bekannte sozialdemokratische Abgeordnete Bieder auf seinen Reisen in den Vereinigten Staaten den Gedanken äußerte, die Deutsch-Amerikaner könnten durch eine feste Organisation die Politik der Republik im deutschen Sinne beeinflussen und der deutschen Sprache die Gleichberechtigung mit der englischen verschaffen.

Auch die Iren, obwohl sie vielfach den demokratischen Organisationen angehören, hatten allen Anlaß, mit Wilson unzufrieden zu sein. Seine parteiische Haltung den Verbandsmächten gegenüber, seine leichtenpapiernen Proteste gegen England, seine Gleichgültigkeit gegenüber dem tragischen Schicksal Irins, haben unter den Irish-Amerikanern große Erbitterung hervorgerufen.

Es ist sicher: nach dem 7. November 1916 wird kein politischer Führer in Amerika es mehr wagen, die deutsch-irischen Wünsche als gegenstandslos beiseite zu schieben. Neben diesen völkerverpolitischen Faktoren kamen noch wirtschafts- und kriegspolitische hinzu, die den Republikanern zugute kamen. Die von den Verbandsmächten aus ihrer im Frühjahr 1916 in Paris abgehaltenen Wirtschaftskonferenz angenommenen Beschlüsse haben in Amerika einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht.

Die Kriegswoche

vom 31. Oktober bis 6. November.

Von Richard Gädke.

Die Berichtswache ist dadurch gekennzeichnet, daß unser Gegner auf zwei Kriegsschauplätzen ihre Offensive nach größten Vorbereitungen mit gewaltiger Kraft wieder aufgenommen haben. Man darf annehmen, daß beide Unternehmungen im Zusammenhange miteinander stehen. Sowohl der neue Durchbruchversuch an der Somme, wie der Ansturm der Heeresmassen Cadornas an der küstländischen Front des italienischen Kriegsschauplatzes hielten die Zeit für günstig, endlich eine große Entscheidung zu erzwingen. Die feindlichen Heeresleitungen glaubten die Streitkräfte der verbündeten Mittelkräfte im Osten so in Anspruch genommen, daß sie jedenfalls Verstärkungen für ihre Westfronten nicht verfügbar hätten. Sie selbst aber hatten neue Geschossmengen aufgeschapelt, ihre geleerten Truppenverbände neu aufgefrischt, neue Streitkräfte aus England herangezogen. Vielleicht in noch höherem Maße hatte Cadorna frische Truppenmassen gegen eine schmale Front in Bewegung gesetzt und für die Auffüllung seines Schießbedarfes getan, was die beschränkten Mittel Italiens erlaubten. Von ihrem Standpunkte aus durften Engländer, Franzosen, Italiener wohl hoffen, daß ihnen das große Werk endlich gelingen werde. Neben dieser Hauptaufgabe, die sie ihren Heeren stellten, verfolgten sie zweifelsohne den Neben Zweck, dem Verbündeten im Osten eine möglichst wirksame Entlastung zu bringen. Der Einsicht konnten sie sich nicht verschließen, daß Russen und Rumänen, dann aber auch die bunte gemischte Armee Sarrails im Laufe des Spätommers nicht nur erfolglos, sondern geradezu unglücklich operiert hatten. Insbesondere der Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg hatte alle ausschweifenden Hoffnungen, die sie daran geknüpft, jämmerlich betrogen. Mit vollem Recht konnte Feldmarschall Hindenburg darauf hinweisen, daß gerade dieser Zuwachs eines neuen Gegners den verbündeten Mittelkräften die erwünschte Gelegenheit geboten hatte, den Stellungskrieg im Osten in einen Bewegungskrieg zu verwandeln. Russen und Rumänen hatten hierbei miteinander gewetteifert, unsere überraschenden Operationen ihrerseits möglichst zu begünstigen. Wenn je das verhängnisvolle „Ju spät“ eine wichtige Rolle gespielt hat, dann bei dem unglösen Hin- und Herwerden ihrer Truppen im Südosten. Beide Gegner waren nun auf der ganzen weiten Front von der Ostsee bis zur Donau außerstande, die verfahrenen Lage durch eine neue Gegenoffensive zu ihren Gunsten zu ändern. Zweifelsohne hat dieser Gesichtspunkt Engländer, Franzosen und Italiener mit veranlaßt, nochmals mit aller Kraft im Westen ihrerseits das Glück der Waffen zu versuchen.

Am 31. Oktober begann die feindliche Artillerie an der Somme ihr Dauerfeuer in verstärktem Maße spielen zu lassen und setzte diese Tätigkeit, sie mit geringen Unterbrechungen allmählich mehr und mehr steigend, bis zum 4. November fort. Dazwischen erfolgten starke Teilangriffe an den verschiedensten Stellen der nördlichen Front, die nur an der Nordwestecke des Gehölzes St. Pierre-Baast (östlich des Weges Rancourt-Sailly) einen geringen örtlichen Erfolg erzielten, sonst ausnahmslos blutig abgeschlagen wurden. Sogar die Gegner wußten in ihren Berichten keine nennenswerten Erfolge zu nennen. Am 5. November waren sie dann so weit, unter Einsatz ihrer ganzen Feuerkraft den allgemeinen Angriff auf einer 18 Kilometer breiten Front von Le Sars, an der Straße Albert-Bapaume, bis Bouchavesnes (14 Kilometer südlich Comblez), an der Straße Bapaume-Péronne, in tief gegliederten Wellen vorzuerwerfen. Doch dieser Stoß die Absicht des Durchbruchs zwischen Bapaume und Péronne verfolgte, geht schon daraus hervor, daß sie wieder einmal unmittelbar hinter der Front der vorstürmenden Anariffswagen große Reitermassen zum Nachhaken und zur Verfolgung bereitstellten hatten. Seit dem großen Durchbruchverluste an der Champagne kehrt die Erscheinung bei den Franzosen wie bei den Russen immer wieder. Sie hat dem Gegner bisher nur gesteigerte Verluste eingetragen, im Osten sogar zur Vernichtung ganzer Brigaden und selbst Divisionen geführt. Am 5. November fand die Reiterei nicht erst die Gelegenheit, sich besonders auszuheben, denn das gewaltige Abwehrfeuer unserer Geschossmassen lähmte und zerschlug die Waffen des feindlichen Fußvolkes, das jener den Weg bahnen sollte.

In seiner zusammenfassenden Darstellung der bisherigen Sommerkämpfe gesteht das deutsche Hauptquartier zu, daß wir zwar zu Beginn des großen Angriffs im Juli nicht übermüht waren, daß aber die Stärke und Dauer der artilleristischen Vorbereitung des Feindes unsere Erwartungen um ein Vielfaches übertroffen hatte. Nur so erklären sich die ersten Erfolge der Gegner in diesem Ringen von beispielloser Dauer und Mut. Seitdem jener Nachteil ausgeglichen ist, seitdem unsere artilleristische Abwehr der feindlichen Angriffsartillerie ebenbürtig geworden ist, glückt dem Gegner nichts mehr. Seine letzten größeren Erfolge hat er am 25. September erzielt, aber auch sie führten nicht zum Durchbruch unserer Linien. Um so mehr ist es ausgeschlossen, daß er jetzt noch einen Sieg erfechten könnte. Die Fortschritte, die er in den sechs Wochen noch gemacht hat, die seit jenem für ihn glücklichsten Tage verfloßen, sind denn nachgerade zu winzig und selbst auf Karten größeren Maßstabes kaum zu verzeichnen. Wo der Gegner am 5. November durch die Feuerwege unserer Geschütze noch hindurchdrang, wurde er im Nahkampf durch unser Fußvolk blutig abgewiesen und nur am Nordteil des Gehölzes von St. Pierre-Baast konnte er noch einen kleinen örtlichen Fortschritt ohne Belang erzielen. Das ganze Ergebnis stellt sich als eine neue schwere Niederlage der Franzosen und Engländer dar, die die vorhergehenden vom 1., 6., 12., 18., 23. Oktober wirksam vervollständigt. Schon kündigen die Gegner einen neuen Kriegsrat an, der „entscheidende“ Beschlüsse fassen soll. Das ist noch jedesmal eingetreten, wenn sie sich am Ende ihres Lateins haben.

An dem Tage, an dem unsere westlichen Gegner zu diesem großen Schläge ansholten, konnte die neue Offensive der Italiener an der Isonzo-Front, die neunte ihres Zeichens, bereits als geklärt gelten. Schon zu dem achten Angriff war die dritte Armee des Herzogs von Aosta aus der zweiten verstärkt worden, diesmal kehrten die beiden vereinigten, aus dem Hinterlande neu aufgeschickten und durch weitere Truppenteile ergänzten Armeen zum Gewaltstoße gegen die 25 Kilometer breite Front von Görz bis zum Meere angelegt zu sein. Der Stoß war offenbar sehr gut vorbereitet und erfolgte mit großer Wucht, das italienische Fußvolk gab sein Bestes her, um diesmal einen Sieg zu erfechten. Nur, daß seine Ausdauer der tapferen Festigkeit des ersten Ansturms nicht gleichkommt. Der Angriff gliederte sich in drei Abschnitte; der erste umfaßte die Gegend östlich Görz bis zum Tale der Wippach, der

Gegend von Smirna flog, wurde durch ein unser Flugzeug abgeschossen und fiel ins Meer. Beobachter und Pilot konnten nicht gerettet werden.

Auf den anderen Fronten kein Ereignis von Bedeutung. Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 7. November nachmittags. (B. L. V.) Die Franzosen und Engländer machten in der Zeit vom 1. Juli bis zum 1. November an der Somme 71 532 deutsche Soldaten und 1449 Offiziere zu Gefangenen. Das im gleichen Zeitabschnitt durch die Alliierten erbeutete Kriegsgerät beläuft sich auf 173 Feldgeschütze, 180 schwere Geschütze, 215 Grabenmörser und 988 Maschinengewehre. Der Anteil der Franzosen an dieser Gesamtsumme beträgt 40 796 Soldaten, 809 Offiziere, 77 Feldgeschütze, 101 schwere Geschütze, 104 Mörser und 635 Maschinengewehre. Aus der Nacht ist nichts zu melden, außer zeitweilig ausdauernder Beschichtung an verschiedenen Stellen der Somme und des rechten Maasufers.

Luzitrieg. Deutsche Flugzeuge waren gegen 10 Uhr abends mehrere Brandbomben auf Ronen, die weder Menschenopfer forderten, noch Sachschaden verursachten.

Orientarmee. Mäßige Tätigkeit der beiden Armeen auf der ganzen Front. Festlich vom Vespere schlugen die Franzosen einen bulgarischen Gegenangriff ab. In der Gegend von German beschoßen französische Flugzeuge mehrere Drischosen. Im Bardartale wurde ein feindliches Flugzeug bei Monastir nach Luftkampf abgeschossen.

Vom 7. November abends. Nördlich von der Somme machten wir einige Fortschritte zwischen Lesbocuss und Saisy-Sailly. Südlich der Somme brachte uns ein von unseren Truppen am Vormittag unternommenes und trotz des heftigen, die Operationen behindernden Regens lebhaft durchgeführter Angriffsgewaltiger Vorstoß. Wir nahmen die feindlichen Stellungen auf einer Front von vier Kilometern vom Gehölz von Chauines bis südlich der Zuderfabrik von Ablaincourt. Die Dörfer Ablaincourt und Pressoire wurden von unserer Infanterie in glänzendem Ansturm vollständig erobert. Wir trieben unsere Linien östlich von Ablaincourt vor und nahmen auch den Friedhof dieses Dorfes, der vom Feinde stark besetzt war, und schoben unsere Stellungen südlich der Zuderfabrik bis zum Mande von Sommeourt vor. Bis jetzt wurden über 500 Gefangene gefaßt, darunter mehrere Offiziere. An der Verdun-Front zeitweilig ausdauernde Kanonade. Sonst verlief der Tag überall ruhig.

Belgischer Bericht. Von der belgischen Front ist nichts zu melden.

Die englische Meldung.

Vom 7. November nachmittags. (B. L. V.) Während der Nacht verbesserten wir unsere Stellungen östlich von Guitte Warlencourt. Wir unternahmen einen erfolgreichen Ueberfall auf die feindlichen Schützengräben zwischen Daniécourt und Serre, machten einige Gefangene und fügten dem Feinde beträchtliche Verluste zu. Eine feindliche Patrouille südlich von Monchy wurde durch unser Feuer zerstört. Anhaltend schwere Regengüsse und starker Südweststurm.

Vom 7. November abends. Andauernd starke Regengüsse. Südlich der Aisne beträchtliches Granatfeuer gegen unsere Front im Raume von Lesbocuss. Wir beschoßen feindliche Verschanzungsverbindungen und Gräben in der Nachbarschaft von Armentières und Wythoete. Sonst ist nichts zu melden.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 7. November. (B. L. V.) Westfront: Im Abschnitt Goloskovich-Duboch (südwestlich Prodo) unternahmen feindliche Abteilungen in der Stärke von 50-200 Mann nachts Aufklärungsversuche. Wir verhinderten durch unser Feuer die Versuche des Gegners, in der Nähe des Dorfes Switelniki Schützengräben auszuheben. In der Gegend östlich von Kirilobaba griff eines unserer Bataillone den Feind an, der sich vor unseren Stellungen hielt. Der Feind wollte unseren Vorstoß aufhalten und ließ in ungedeckter Stellung zwei Geschütze aufbauen, die jedoch durch unser Feuer bald kampfunfähig gemacht wurden. Unsere tapferen Soldaten setzten dem über den Haufen geworfenen Feinde noch, drangen in seine Gräben ein und machten über hundert Gefangene, darunter einen Offizier, und erbeuteten zwei Maschinengewehre und einen Bombenwerfer. Südlich von Dozna Watra in den Tälern der Flüsse Borzel und Putnes, schoben wir unsere Unternehmungen mit Erfolg fort. Wir erbeuteten hier in zwei Tagen sieben Maschinengewehre und nahmen 15 Offiziere und über 800 Mann gefangen.

Kaukasusfront: Unsere Truppen drängten die Türken zurück und besetzten das Dorf Aymor südwestlich von Kalki. In der Richtung von Bidchar brachten wir die türkische Offensive zum Stehen.

Rumänische Front (Siebenbürgen): Es liegen keine neuen Meldungen vor.

Donaufront: Die Lage ist unverändert. Man stellt fest, daß die Bulgaren systematisch rumänische Dörfer einschütern.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 7. November. (B. L. V.) Im Etschale griffen feindliche Gruppen in der Nacht auf den 6. November unsere Stellungen bei Sano südlich von der Straße von Loppio nach Mori überraschend an. Sie wurden ihrerseits angegriffen und zurückgeschlagen. Im Travnigolotale unterhält der Feind ein hartnäckiges und heftiges Feuer gegen unsere Beobachtungsstellungen auf den Hängen der Lima di Woche und unternimmt heftige Angriffe auf sie, die jedesmal an dem kräftigen Widerstand unserer tapferen Verteidiger zerschellen. An der Front in den Julischen Alpen gestern am Tage lebhafteste Artillerietätigkeit. Trotz des schlechten Wetters hat unsere Artillerie Truppenkolonnen und Wagenzüge auf dem Marsch hinter der feindlichen Front zerstreut. Auf unserer Seite dauerten die Arbeiten zur Sicherung und Säuberung des Schlachtfeldes lebhaft an.

Rumänischer Bericht.

Vom 7. November. (B. L. V.) **Nord- und Nordwestfront:** An der Westgrenze der Moldau ist die Lage unverändert. Im Vucutale griffen wir an und gingen ein wenig vor. Wir machten 88 Gefangene und erbeuteten ein Maschinengewehr. Bei Tablabugi heftige Beschichtung. In der Gegend von Daragoz Lovela wiesen wir einen Nachtangriff des Feindes zurück. Auf dem linken Ufer des Dnu ist ein heftiger Kampf im Gange. Im Jutale keine für uns erfolgreiche Kampfhandlungen. Bei Orlova ist die Lage unverändert. **Südfront:** Der Feind beschoß Giurgiu. **Dobrußja:** Wir machten auf der ganzen Front Fortschritte.

Vom U-Boot-Krieg.

Rotterdam, 8. November. (B. L. V.) Nach einer Londoner Meldung ist der Postdampfer „Arabia“ (7933 Brutto-Registertons) am 6. November im Mittelmeer versenkt worden. Alle 437 Passagiere konnten in Sicherheit gebracht werden.

Englischer U-Boot-Erfolg?

London, 6. November. (B. L. V.) Die Admiralität teilt mit, daß ein britisches Unterseeboot, das in der Nordsee operierte, gestern in der Nähe der dänischen Küste Torpedos auf ein deutsches Schlagschiff der Dreadnought-Klasse abfeuerte. Das Schiff wurde getroffen. Aber die Größe des angerichteten Schadens ist unbekannt.

London, 7. November. (B. L. V.) Die Admiralität teilt zu dem gestrigen Bericht mit, daß noch eine weitere Meldung des Kommandanten des U-Bootes eingelaufen ist. Er sagt jetzt, daß er zwei Dreadnought-Schlagschiffe der Kaiserklasse getroffen habe.

gleichen Maße gegen Deutschland und gegen Amerika gerichtet sei. Die Vertreter des Handels und der Industrie in den Vereinigten Staaten befürchteten, daß Wilson gar nicht imstande sein würde, diese Pläne zu vereiteln, da er zum Freihandel neige und von Zolltarifen und Wirtschaftskriegen nichts verstehe, während Hughes als starrer Schutzollner bekannt ist.

Schließlich hat sich in den amerikanischen Ansichten über die Ursache und das Wesen des europäischen Krieges so manches geändert. Die Mehrheit der Amerikaner ist zwar noch für die Verbändsmächte, aber auch sie ist zur Ueberzeugung gekommen, daß England nicht in den Krieg gezogen sei, die idealen Güter der Menschheit zu schützen, sondern seinen stärksten wirtschaftlichen Konkurrenten niederzuwerfen. Die Vorgänge in Irland bei der Unterdrückung des Dubliner Aufstandes und die Behandlung der Homerulefrage haben den Amerikanern den Gedanken nahegelegt, daß die Parole vom Schutze der kleinen Nationalitäten nicht überall ganz wörtlich zu nehmen ist, am wenigsten dort, wo sie mit englischen Interessen in Widerspruch gerät. Die Wähler Amerikas haben die Sentimentalitäten Wilsons satt. Sie wünschen, Realpolitiker an der Spitze der Verwaltung in Washington zu sehen, und diese glauben sie bei den Republikanern eher zu finden, als bei den Demokraten.

Die griechischen Wirren.

Ueberreichung der Note durch Admiral Jounet.

Bern, 8. November. (B. L. V.) „Secolo“ meldet aus Athen: Admiral Jounet hat der griechischen Regierung die angekündigte Note überreicht. In der Note wird die Besetzung des Zeughauses und die Besetzung der gesamten U-Bootsflotte und der Munition auf der Insel Zeros angezweifelt.

Bern, 8. November. (B. L. V.) „Corriere della Sera“ meldet aus Athen: Die Gesandten Frankreichs und Englands unternahmen gestern einen neuen wichtigen Schritt bei der griechischen Regierung, aber den die Alliierten sich verpflichteten, vorläufig völliges Still-schweigen zu bewahren. Inzwischen ist bekannt geworden, daß die griechische Regierung Admiral Jounet eine lange Note überreicht hat, in der die Gründe dargelegt werden, aus denen die Ablehnung der Forderung erfolgte, die Torpedobootsflotte den Alliierten zu überlassen. Das Gerücht, daß bereits einige beschlagnahmte Torpedoboote unter französischer Flagge und mit französischer Besatzung verwendet würden, entbehrt noch der Bestätigung.

Besetzung des Arsenal von Athen.

Amsterdam, 8. November. (B. L. V.) Neuter meldet aus Athen: Eine kleine Truppenabteilung der Alliierten besetzte das Arsenal und eine kleine Insel, wo sich Munitionslager der Flotten befinden.

Griechenland und der Vierverband.

Rotterdam, 8. November. (L. U.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erfährt aus London: Minister Robert Cecil hat gestern im Unterhause mitgeteilt, der Vierverband werde dafür sorgen, daß die Griechen, welche wegen ihrer Teilnahme an der benizelistischen Bewegung aus dem Staatsdienst entlassen werden, keinen Schaden erleiden sollen. Der Abgeordnete Gwynne fragte: Hat die Regierung sich zu diesem Zweck mit der Regierung König Konstantins in Verbindung gesetzt? Cecil antwortete: „In jedem Falle, den Benizelos uns mittelst, werden wir tun, was in unseren Kräften steht!“ Gwynne fragte: „Will die Regierung den Militärbehörden Anweisung geben, nicht mehr mit König Konstantin zu verhandeln?“ (Lauter Beifall.) Cecil erwiderte: „Wir wünschen so entschieden wie nur möglich aufzutreten, um solchen Dingen zuvor zu kommen.“ Gwynne fragte darauf, ob alle Zusagen der griechischen Regierung, die Verbindungslinien der Verbündeten zu sichern, gehalten worden seien. Cecil antwortete: „Die Regierungen des Vierverbandes haben Grund genug, unzufrieden zu sein.“

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 7. November. (B. L. V.) Militärischer Generalstabsbericht vom 7. November. Die Lage ist unverändert. Im Cerna-Vogen lebhafteste Artillerietätigkeit. An der übrigen Front schwaches beiderseitiges Artilleriefeuer und Plänkelleien zwischen Wachtabteilungen. Feindliche Flieger entfalteten lebhaft, aber wirkungslose Tätigkeit hinter unserer Front.

Rumänische Front. Längs der Donau stellenweise Artillerie- und Infanteriefeuer. Wir haben mehrere Boote unterhalb von Golem Kalafat durch Feuer zerstört.

In der Dobrußja unbedeutende Zusammenstöße zwischen Aufklärungs- und Wachtabteilungen. An der Küste des Schwarzen Meeres Ruhe. In Constanza haben die beiden letzten Beschichtigungen durch die russische Flotte am 2. und 4. November großen Schaden angerichtet.

Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 7. November. (B. L. V.) Bericht des Hauptquartiers.

An der Tigrisfront belästigten wir den Feind durch wirksames Artilleriefeuer. Südlich von der Stellung von Fellahie auf dem rechten Ufer des Flusses zerstreuten unsere freiwilligen Krieger eine feindliche Schwadron, schlugen zwei Infanteriebataillone, die der Feind zur Verstärkung schickte, und zwangen sie zum Rückzug. Im Verlauf dieser Kämpfe, die für uns mit einem vollen Erfolge endeten, erlitt der Feind große Verluste, während unsere Verluste ganz unbedeutend waren.

An der Kaukasusfront auf dem rechten Flügel Schirmzüge, die zu unseren Gunsten ausfielen. Im Zentrum zerstreuten wir den Feind durch unser wirksames Artilleriefeuer. Auf dem linken Flügel wiesen wir mit Erfolg feindliche Erkundungsangriffe zurück.

Am 4. und 5. November unternahmen wir einen überraschenden Angriff gegen die Insel Recoza, westlich von Antalia, die seit langem den Banditen als Zufluchtsort dient, welche unter dem Schutze der feindlichen Flotte unsere Küste überfallen und plündern. Unsere Unternehmung war erfolgreich. Eine große Zahl von Bewehrten und eine Menge von Mehl sowie Vieh wurde erbeutet. Die Banditen hatten hundert Tote. Wir machten einige Gefangene, die gehängt werden sollen.

Ein feindliches Flugzeug, das am 6. November um 2 Uhr nachmittags von Metelin kommend über Penisota in der

weite den nördlichen Teil der Karsthohe von dort bis etwa Nova Vas, der dritte den südlichen Teil bis zum Meere. Im Norden gelang es den Italienern am dritten Tag vorübergehend in die vorderen Gräben unserer Bundesgenossen einzudringen, nachdem am ersten feindliche auf engem Raum verammelte Brigaden — etwa 40 000 Mann Fußvolk — blutig gescheitert waren. Durch sofortigen Gegenstoß wurden sie restlos wieder zurückgeworfen.

Zu der Mitte erfolgte der Stoß mit größter Wucht. Durch das Gelände begünstigt, vermochte der Gegner hier durch die Fortnahme des Dorfes Lok noch einen Teilerfolg zu erringen und ihn am 2. November durch weiteres Vordringen zu beiden Seiten der Straße nach Konstanjevica auszubauen. Hierbei fielen im ganzen 10 österreichisch-ungarische Geschütze in seine Hand. Dann aber griffen die Reihen unserer Verbündeten ein und brachten den Angriff auf der ganzen Front zum Stehen. Die italienischen Versuche, ihn am 3. November wieder aufzunehmen, scheiterten. Das Dorf Konstanjevica ist vollkommen in der Hand unserer Verbündeten geblieben, wie Cadorna selbst zugibt.

Erst nachdem der Kampf hier beendet war, gingen die Italiener am 4. November ernsthaft gegen den südlichen Teil des Karstes vor, ohne irgendwelche Vorteile erringen zu können. Die blutigen Verluste des Gegners waren hier wie im Norden sehr schwer. Daß er an diesem Tage östlich Görz und gegen Konstanjevica keine Vorteile mehr erringen konnte, läßt sich ebenfalls wieder aus den Berichten Cadornas ersehen. Sie beschäftigten sich damit, die erreichten Stellungen zu befestigen, das dürfte als Eingeständnis genügen, daß auch diesmal der große Angriff wieder gescheitert ist.

Die dauernde Behauptung ihrer Stellung gegen eine große feindliche Hebermacht wird für immer eine stolze Erinnerung in der Geschichte des ruhmreichen österreichisch-ungarischen Heeres bleiben; es verdankt sie der vorzüglich zusammengefaßten Wirkung seiner Artillerie und der überlegenen Kampfstärke seines Fußvolkes, das sich unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen bewährt hat.

Die Sommer- und Herbstoffensiven unserer Gegner sind rundum gescheitert, unsere eigene Offensive gegen Rumänien geht inzwischen, wenn auch langsam, vorwärts!

Beginn der Liquidation des Krieges in Sicht?

In einem Leitartikel des „Wasser Anzeiger“ vom 2. November schreibt A. Neulerber:

Unter den sich überschlagenden und oft absolut unkontrollierbaren Meldungen ist es natürlich schwer, herauszufinden, was richtig, was unrichtig ist. Falsch wäre es jedenfalls, alles, was jetzt über Friedensmöglichkeiten gesagt wird, ins Gebiet der Fabel zu verweisen. Wir verweisen auf den Vorschlag eines jener englischen Blätter, die seinerzeit die große Hebe am eifrigsten mitgemacht haben, der „Morning Post“, der dahin geht, daß möglichst bald der Verband seine Kriegsziele aufstellen möge. Das will bei diesem Blatte viel heißen. Andere englische Blätter, wie „Manchester Guardian“, sind ihm in diesem Verlangen schon vorausgegangen.

Aber auch anderswo beginnt es sich zu regen. Die Meldungen über einen Umsturz in Rumänien häufen sich. Dort soll die Stellung Brailaus erschüttert, das Volk, besonders Offizierskreise, über die Russen aufgebracht und die Stimmung für einen sofortigen Sonderfrieden sehr stark geworden sein. Auch aus Italien, wo bekanntlich von jeher ein Spezialdraht nach Bukarest bestanden hat, kommen eigentümliche Nachrichten. Die Sprache der italienischen Presse gegen die eigenen Verbündeten läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, und die Demission Tittonis, eines der hervorragendsten Politiker, über die Italien jetzt verfügt, ist immerhin ein Symptom.

Es herrscht überall Unruhe und Bewegung in den diplomatischen Kreisen. Man fühlt, daß etwas vor sich geht, die zum Frieden dringende Stimmung der Völker wirkt auf ihre Regierungen fort, und die Zeichen mehrten sich, daß diese den Druck zu spüren beginnen. Besonders scharfe Reden sind noch nicht der schlechteste Beweis, so wenig friedlich sie an und für sich klingen. Die Hauptsache aber ist, daß die Mittelmächte sich ihrerseits anguschten scheinen, die Liquidation des Krieges einzuleiten, indem sie zunächst die Polenfrage einer Lösung zuführen. Die Lösung weiterer Probleme wird sich dann wohl von selbst anschließen. Die letzten Äußerungen Hindenburgs über vermehrte Rüstungen und militärische Anstrengungen ändern daran nichts, im Gegenteil, sie geben lediglich dem Gefühl und dem Willen Ausdruck, daß man sich stark genug fühlt, stark genug sein will, die in die Hand genommene Lösung nach eigenem Ermessen und definitiv zu gestalten.

Geradezu ein Ereignis aber ist, was „Manchester Guardian“ zum Handelskrieg, dem Krieg nach dem Kriege, nämlich einer Äußerung des Handelskammerpräsidenten von Manchester sagt, es heißt da unter anderem mit Bezug auf Deutschland: „Der Feind von heute kann der Bundesgenosse von morgen sein, siehe Rußland und Japan!... Wir werden ja wohl kaum rasch um die Freundschaft unserer jetzigen Feinde werden, aber wenn wir sagen, daß unsere Beziehungen zu ihnen nicht so erbittert bleiben sollen, wie heute, tragen wir dazu bei, daß es so kommt.“

Wir haben schon wiederholt an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß eine blinde Doppelpolitik Englands gegen Deutschland dieses letztere unbedingt an die Seite Rußlands treiben muß. Die Entwicklung der letzten Wochen hat gezeigt, daß dieser Prozeß bereits vor sich geht und wohl schon weit vorgeschritten ist. Wenn in England jetzt die Einsicht kommt, dann ist das sicherlich nicht mehr zu früh, denn Rußland und Deutschland Bundesgenossen, das täte nicht gut für England.

Der „zweite Baralongfall“.

London, 8. November. (W. Z. V.) Die Admiralität gibt folgendes bekannt: Die deutsche Presse sucht Kapital aus einer Erzählung zu schlagen, die sie als zweiten Baralongfall bezeichnet. Einestells ist dabei vermutlich beachtet, wieder einmal die öffentliche Meinung Amerikas gegen England aufzureizen und andererseits Gründe für den „uneingeschränkten“ U-Bootkrieg zu schaffen. Die Tatsachen sind ganz klar. Am Morgen des 21. September 1918 war im westlichen Teil des Kanals U 41 damit beschäftigt, ein englisches Handelsschiff zu versenken. Während es dies tat, näherte sich ein zum Hilfschiff der Flotte umgewandelter und ausgerüsteter Handelsdampfer dem Unterseeboot und dem sinkenden Handelsschiff. Sein Charakter wurde nicht gleich erkannt, und damit das Unterseeboot nicht untertauchte, bevor der Hilfskreuzer in Schußweite war, hißte dieser eine neutrale Flagge. Eine vollkommen legitime Kriegsfahrt. Als er in Schußweite war, hißte er die Kriegsflagge, wie es von allen englischen Kriegsschiffen verlangt wird. Er feuerte auf das Unterseeboot und versenkte es. Die unmittelbare Sorge des Kommandanten war, die Mannschaft des durch das Unterseeboot versenkten englischen Handelsdampfers zu retten, die gezwungen war, 50 Meilen vom nächsten Hafen entfernt,

in die Boote zu gehen. Als dies getan war, näherte sich das Hilfschiff einem der Boote des gesunkenen Dampfers, welches zertrümmert trieb und in das zwei Ueberlebende von der Mannschaft des Unterseebootes geklettert waren. Diese wurden gerettet, aber nach ihren Opfern. Der Gebrauch einer neutralen Flagge, um sich auf Schußweite dem Feinde zu nähern, ist ein anerkanntes Verfahren des Seekrieges und ist von den Deutschen selbst in diesem Kriege oft angewendet worden. Die „Röwe“ zum Beispiel hat sich ihre Opfer meist auf diese Weise gesichert. Es ist schwer zu glauben, daß irgend jemand außer einem Deutschen auf diese Weise eine Anklage der — „Brutalität“ gründen würde, weil zuerst englische und nicht deutsche Ueberlebende innerhalb weniger Minuten gerettet wurden. Die ganze Anschuldigung bietet ein sehr treffendes Beispiel für die typische deutsche Sinnesart. Für die Deutschen besteht keine gegenseitige Verpflichtung. Jede Ueberraschung oder Kriegslüge seitens der Deutschen ist legitim, alles wird aber illegitim, wenn es gegen die Deutschen gerichtet wird. Die Behauptung, daß die Admiralität Befehl gegeben hätte, daß Ueberlebende von in Not befindlichen deutschen Unterseebooten nicht gerettet werden sollen, ist unbedingte Lüge und wurde ausdrücklich widerlegt in der Note der englischen Regierung über den Baralongfall vom 25. Februar 1918.

Hierzu wird uns von zuständiger Stelle geschrieben:

Die englische Regierung bestreitet von allen deutscherseits mitgeteilten Tatsachen nur eine einzige. Sie behauptet, daß das englische Kriegsschiff das deutsche U-Boot nicht bei wachender amerikanischer Flagge, sondern unter englischer Flagge beschossen und versenkt habe. Abgesehen hiervon, behauptet also die englische Admiralität den deutschen Bericht Punkt für Punkt durch bedrucktes Schweigen. Damit ist unbestritten festgestellt: Das Boot mit den beiden Ueberlebenden ist absichtlich von dem englischen Kriegsschiff überfahren worden, um so die letzten Zeugen hinzumorden. Die beiden Ueberlebenden wurden, als dies nicht gelangen war, erbarungslos und ohne Hilfeleistung für den Schwerverwundeten in einen kleinen käfigartigen Verschlag eingesperrt. Den Schwerverletzten hat man mit noch offenen Wunden ins Gefängnis geworfen. Alles hat man getan, um ihn an seinen Wunden sterben zu lassen. Seine Auslieferung nach der Schweiz hat man trotz der Befürwortung durch die Schweizer Kommissionskommission verweigert, und man hat alle Versuche des Reichsboten vereitelt, über die amerikanische Botschaft in London an die deutsche Regierung zu berichten.

Angeichts dieser nahezu vollen Bestätigung des deutschen Berichts kann die englische Admiralität nicht verlangen, daß man dem deutschen Bericht in dem einen Punkt, den die Admiralität als falsch hinzustellen versucht, den Glauben verleiht. Es war selbstverständlich zu erwarten, daß der Mißbrauch der amerikanischen Flagge zu einer der grausamsten Taten der Seekriegsgeschichte von der englischen Admiralität nicht zugegeben werden würde. Trotzdem bleibt der deutsche Bericht auch in diesem Punkte wahr. Dieser neue „Baralong“-Fall bestätigt erneut, daß ein Befehl der Admiralität besteht, nach dem Ueberlebende deutscher U-Boote nicht gerettet zu werden brauchen. Die englische Note vom 25. Februar 1918 hat dies nicht widerlegt, sondern nur bestritten; aber auch dies Bestritten ist nur englischer Scheinheiligkeit möglich.

Die Sonderstellung Galiziens.

Das kaiserliche Handschreiben über Galizien spricht bekanntlich nur ganz allgemein von einer Erweiterung der Selbstverwaltung und von gesetzmäßiger Verwirklichung dieser Absicht, wofür Rörber Vorschläge unterbreiten soll. Unter gesetzmäßiger Verwirklichung kann nur die verfassungsmäßige Mitwirkung des Reichsrates verstanden werden. Ueber die Art der Erweiterung der Selbstverwaltung liegt bisher an näheren Nachrichten nur die Meldung des Wiener Vertreters des „Berliner Tageblatt“ vor. Hiernach würden die galizischen Abgeordneten entweder ganz aus dem Reichsrat ausscheiden oder durch eine Abordnung des galizischen Landtages ersetzt werden. Im ersteren Falle soll ebenfalls Galizien zum übrigen Oesterreich in ein ähnliches Verhältnis treten wie Ungarn, die gemeinsamen Angelegenheiten sollen durch selbständige Parliamentsausschüsse — Delegationen — geregelt werden. Die sich dann das Verhältnis Galiziens zu Ungarn gestalten soll, darüber weiß auch das „W. Z.“ nichts zu melden. Die Entsendung einer Abordnung des galizischen Landtages würde wiederum an das Verhältnis Kroatiens zu Ungarn erinnern. Die von der Mehrheit des kroatischen Landtages in das Budapestiner Abgeordnetenhaus Entsendeten nehmen zu innerungarischen Angelegenheiten nie das Wort.

Eine derartige Sonderstellung Galiziens ist eine alte Forderung des deutsch-österreichischen Bürgerturns, und zwar gerade der Deutschnationalen. Sie haben davon die Befestigung der slavisch-kerikalischen Mehrheit des Abgeordnetenhaus erwartet. Aber einmal ist das deutsche Bürgerturn immer weniger antikerikal geworden und dann hat das inzwischen eingeführte allgemeine gleiche Wahlrecht diesen Charakter der galizischen Vertretung längst gesprengt. Die oppositionellen Polen und die Ukrainer sind weder kerikal noch antideutsch. Ihr Haß gegen den Panismus hat sie vielmehr zu Stützen eines starken Oesterreichs und zu Gegnern des Panlawismus gemacht. Gerade diese großen Teile der galizischen Bevölkerung haben aber in Wien immer Hilfe und Zuflucht gesucht gegen die spezielle galizische Selbstverwaltung und sie könnten sich mit ihrer Erweiterung nur bei völliger Demokratisierung des galizischen Landtags und der Landesverwaltung einverstanden erklären.

Zu den verschiedenen Besonderheiten, die Galizien auch schon bisher gehabt hat, kommt auch eine im Wahltrecht. In ganz Oesterreich gibt es nur einmännige Wahlkreise; die galizischen Landwahlkreise wählen aber je zwei Abgeordnete (jeder Wähler aber nur einen), und der zweite fällt der Minderheit zu, die mindestens ein Viertel der abgegebenen Stimmen aufbringt. Man hat das deshalb gemacht, damit auch im ukrainischen Osten polnische Abgeordnete gewählt werden und damit die Konservativen nicht ganz verschwinden.

Galizien entsendet 106 von den 516 Abgeordneten. 1911 wurden in Galizien gewählt: 24 Polnische Volksparteiler (Bauerndemokraten), 21 Polnisch-Konservative (Schlachtzigen), 18 ukrainische Nationaldemokraten (antirussische Agrarreformer), 12 Polnische Demokraten und Fortschrittler, 10 Polnische Nationaldemokraten (Altpolen-Groß-Bourgeoisie), 8 Sozialdemokraten; darunter 1 Ukrainer, 5 radikale Ukrainer (antirussische Agrarsozialisten), 2 Russisch-Nationale (sind in Rußland in Amt und Würden, in Oesterreich zum Tode verurteilt), 2 Polnische Zentrumsleute, je 1 jüdischer Demokrat und polnischer selbständiger Sozialist. Unbesetzt waren 2 Mandate. — Das Stimmenverhältnis der Parteien war: 1. Polen: Nationaldemokraten 110 328, Zentrum 27 552, Demokraten und Fortschrittler 78 000, Konservative 157 371, Radikale 6403, Sozialdemokraten 64 730, Volkspartei 888 814; 2. Ukrainer: Antirussen 31 884, Nationaldemokraten 257 326, Radikale 118 422, Russisch-Nationale 91 897, Sozialdemokraten 20 205; 3. Zionisten 20 979.

Die stark demokratische Gesinnung der galizischen Wähler zeigen diese Zahlen der amtlichen Wahlstatistik mit größter Deutlichkeit.

Der ukrainische Reichsratsklub gegen Galiziens Sonderstellung.

Wien, 8. November. Den Vätern zufolge fand gestern unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses Romancaul als Alterspräsidenten eine Vollversammlung der ukrainischen parlamentarischen Vertretung statt, an der sämtliche Mitglieder des Reichsratsklubs sowie des Herrenhauses teilnahmen. Der Vorsitzende gab den Akt der Präsidenten des ukrainischen Reichsratsklubs und des ukrainischen nationalen Rates bekannt, der infolge der angeforderten Sonderstellung Galiziens erfolgt ist. Hierauf erstattete der Abg. Kost Lewitsch einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen mit der Regierung. Nach einer den ganzen Tag währenden lebhaften Debatte wurde sodann eine Entschließung angenommen, in der es nach einem geschichtlichen Rückblick über den Anfall Galiziens an die habsburgische Monarchie heißt: Die angeforderte Sonderstellung Galiziens verletzt aufs tiefste die historischen sowie die bereits erworbenen Rechte des ukrainischen Volkes und liefert das niedrigste Volk des Staates der unbegrenzten Herrschaft seines nationalen Gegners aus. Die ukrainische Nation wird die Sonderstellung Galiziens unter polnischer Herrschaft nie anerkennen und wird auf das Recht der Selbstverwaltung des nationalen Territoriums sowie auf die Bildung eines besonderen ukrainischen Kronlandes im Rahmen Oesterreichs nie verzichten.

Milderung der Zensur in Oesterreich.

Aus Wien wird der „Arcuszeitung“ gemeldet: „Wie verlautet, steht für die aller nächste Zeit eine Verfügung bevor, in welcher die Zensurbestimmungen für die Presse insofern wesentlich gemildert werden sollen, als die Förderung innerpolitischer Fragen und die sachliche Kritik aller und namentlich das Ernährungsweisen betreffender Themen gestattet werden soll. Die Behörden werden demnach entsprechende Anweisungen erhalten.“

Kriegsdebatte im Unterhaus.

Amsterdam, 8. November. (W. Z. V.) Wie einem hiesigen Blatte aus London gemeldet wird, erklärte Ramsay MacDonald vor einigen Tagen in einer öffentlichen Versammlung, daß alle, die jetzt auf den Schlachtfeldern von Frankreich oder Belgien fallen, umsonst sterben.

Gestern fragte Dutwaite (Liberal) im Unterhaus, ob alle Alliierten gleichmäßig zur Gesamtstreitmacht beitragen. Lloyd George antwortete, es sei unerwünscht, darüber Aufschlüsse zu geben. Dutwaite begnügte sich damit nicht, sondern hand noch mehr auf. Es erwiderten von allen Seiten Proteste. Man rief: Eigen bleiben! Wir brauchen hier keine Deutschen. Oberst Craig (Nationalist) fragte, ob es nicht möglich sei, Fragen zu verhindern, die offenbar zum Zweck hätten, Schwierigkeiten zwischen den Alliierten hervorzurufen. Der Sprecher erklärte, er würde das gern zur Regel machen, wenn das Haus einen derartigen Antrag annehme. Er habe nichts dagegen, daß die Mitglieder des Hauses ihre Meinungen zum besten geben, könnte aber nicht zulassen, daß die Verhandlungen gestört würden. Hierauf stellte Dutwaite die Frage, ob das Kriegsamt Lord Northcliffe gewisse Nachrichten gegeben habe.

Von radikaler und konservativer Seite wurde wegen der Ereignisse in Athen am auswärtigen Amt Kritik geübt. Es wurde der Wunsch nach kräftigeren Maßnahmen gegen die Deutschen in Griechenland geäußert. Einige Abgeordnete verlangten, daß die Alliierten endgültig mit König Konstantin brechen sollten.

Lord Robert Cecil erklärte, daß die Alliierten energische Schritte tun würden, um zu verhindern, daß die griechischen Patrioten, die sich der Saloniker Bewegung anschließen, auf Schwierigkeiten stoßen. Im allgemeinen hätten die Regierungen der Alliierten keine Ursache zur Unzufriedenheit über die Art, wie die griechische Regierung ihren Verpflichtungen nachkomme.

Rotterdam, 8. November. (W. Z. V.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London, daß Sir Edward Carson gestern im Unterhaus die Aufmerksamkeit auf die vertraulichen Unterredungen von Ministern mit Journalisten lenkte. Die Gelegenheit war zuerst zur Sprache gebracht worden, als erjucht wurde, Gelegenheit zur Besprechung der Tätigkeit Balfours in der Admiralität zu geben. Der Premierminister hatte darauf geantwortet, daß er eine derartige Debatte unter den bestehenden Verhältnissen nicht als im Interesse des Landes gelegen betrachte, wenn auch Balfour selbst keine Beschwerden dagegen habe. Carson fragte, was Balfours Absicht gewesen sei, als er im Laufe des Nachmittags Mitglieder der Presse zu sich berief.

Carson schien über diese Frage überrascht zu sein, antwortete aber nach kurzer Beratung mit einigen Mitgliedern des Hauses, daß dieses in Uebereinstimmung mit den bestehenden Gewohnheiten geschehen sei.

Dalziel verlangte, daß das Unterhaus über die Informationen, die Balfour einer großen Zahl von Chefredakteuren gegeben habe, unterrichtet werden sollte.

Carson weigerte sich, diese Frage sofort zu beantworten und sagte, daß Fragen über geheime Angelegenheiten nur in einer geheimen Sitzung beantwortet werden können. Die Minister schienen über den Unwillen, den diese Erklärung im Hause verursachte, überrascht zu sein.

Später brachte Lambert zur Sprache, was Lord Robert Cecil letzte Woche gesagt hatte, nämlich daß die Regierung die Verantwortung für die auswärtige Politik nicht mit dem Unterhaus teilen könne. Cecil sagte darauf, daß das ausländische System von Kommissionen, das die Verantwortung der Minister nur abschwäche, ohne eine wirkliche Kontrolle über die Politik zu geben, verfehlt sei. Er sei aber geneigt, ein System in Erwägung zu ziehen, das die Minister in den Stand setzen würde, freier, als es in der öffentlichen Sitzung möglich ist, die Gründe für ihre Politik darzulegen. Carson setzte sich dafür ein, daß die Verantwortung auf der Regierung ruhen solle, aber er sagte, er begreife, daß man sich dagegen wende, daß die Presse Informationen erhalte, die dem Hause vorenthalten werden.

Einführung der allgemeinen Schulpflicht in Rußland.

Petersburg, 8. November. (W. Z. V.) Meldung der Petersburger Telegraphenagentur. Der Unterrichtsminister unterbreitete der Duma den Entwurf eines Gesetzes, das die Einführung der allgemeinen Schulpflicht in Rußland vorsieht.

Kleine Kriegsnachrichten.

Berlin, 8. November. (W. Z. V.) Die Meldung über den großen Bombenangriff unserer Flieger im Westen enthält einen sinnentstellenden Druckfehler. Es muß im letzten Absatz statt zwanzig mit Ruffen belegte Ostschiffe und Lager richtig heißen: zwanzig mit Truppen belegte Ostschiffe und Lager.

Prinz Heinrich von Bayern, ein Neffe des Königs von Bayern, der als Major im Leib-Infanterie-Regiment stand, ist nach einer Meldung des „Lokal-Anzeiger“ vorm Feinde gefallen. Der Prinz war 32 Jahre alt und unverheiratet.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Soll der Tarif im Tapezierergewerbe gekündigt werden? Diese Frage stand auf der Tagesordnung einer Tapezierer-Versammlung, die am Dienstag stattfand. Die Tapezierer ständen während des Krieges zum drittenmal vor der Frage, ob der Tarif verlängert oder gekündigt werden solle. Der Kündigungsstermin des bis zum 15. Februar 1917 geltenden Tarifs sei der 15. November. In den verfloßenen beiden Jahren habe man mit Rücksicht auf die Verhältnisse von einer Kündigung abgesehen und den Tarif weiter laufen lassen. Wie stehe es nun diesmal? Die Unternehmer hätten auf ihrem Innungs-Verbands-tage schon dahin Stellung genommen, daß die bestehenden Tarife ihrerseits nicht gekündigt werden sollen. Sie wünschten sich keine tariflose Zeit. Was nun die Berliner Tapezierer angeht, so gefalle zweifellos den meisten die lange Dauer des Tarifs nicht, der schon seit 1911 gelte. Aber den besten Wünschen könnte nicht Rechnung getragen werden, wenn die Verhältnisse andere Präzedenzfälle vorschrieben. Dabei sei nun zu berücksichtigen die Dauer des Krieges, die Produktionsmöglichkeit im Tapezierergewerbe, die Aufnahmefähigkeit für unsere Produkte im Publikum und der Stand der Organisation. Unter Würdigung aller dieser Punkte, auf die Redner näher eingeht, sei die Ortsverwaltung der Filiale Berlin dazu gekommen, zu empfehlen, den Tarif nicht zu kündigen, sondern ihn auf ein weiteres Jahr zu belassen. Nach einer lebhaften Diskussion wurde mit großer Mehrheit beschlossen, den Tarif nicht zu kündigen, so daß er auf ein Jahr weiter läuft.

Dann hatte die Versammlung zu der Anregung der Hauptverwaltung des Verbandes Stellung zu nehmen, daß die Filialen Zuschüsse leisten möchten zu der Weihnachtsunterstützung für die Familien der zum Heere eingezogenen Mitglieder, welche von der Hauptverwaltung beschlossen ist. Die Hauptverwaltung gewährt bei einer Mitgliedschaft von 26 bis 51 Wochen 8 M., und bei einer Mitgliedschaft von 52 Wochen und darüber 6 M. Die Versammlung beschloß nach einem Antrage der Ortsverwaltung, zu diesen Sägen aus der Lokalkasse einbehalten je 5 M. hinzuzuzahlen. Und zwar sollen diesen Betrag aus der Lokalkasse auch die Familien derjenigen eingezogenen erhalten, die mindestens 18 Wochenbeiträge geleistet haben, während die Unterstützung der Hauptverwaltung erst bei einer Mitgliedschaft von 26 Wochen beginnt. Ferner sollen aus der Lokalkasse den Sägen von 6 M. auch die Familien der gefallenen Mitglieder bekommen sowie eine Anzahl lediger Mitglieder, die der Verwaltung als Ernährer von in Betracht kommenden Familien bekannt sind.

Ueber den Ausgang von Lohnbewegungen in den Flugzeugbetrieben machte Hjerwig dann noch einige Mitteilungen. So hat im Flugzeugbetriebe der A. G. O. in Hennigsdorf eine Bewegung stattgefunden. Das Ergebnis war, daß den Tapezierern ohne Erhöhung der Alfordräge zugestanden wurde, stufenweise die Alfordverdienste bis zum Höchstfage von 1,60 M. erhöhen

zu dürfen. — Bei den Flugzeugbetrieben in Johannisthal wurde mit Hilfe des Kriegsministeriums ein einigermaßen befriedigendes Ergebnis erzielt. Hier hat die erneute Zulage wieder die Eigenschaft einer Feuerungszulage. Es wurden bei Lohnarbeit, die hier vorherrschte, neue Zulagen gewährt von 12 Pf. pro Stunde für Verheiratete und Familienvorstände, von 8 Pf. pro Stunde für Ledige über 19 Jahre und von 6 Pf. pro Stunde für Jugendliche. Die Jugendlichen hatten hier bisher keine Feuerungszulage. Die Gesamterhöhungszulage zu den Grundlöhnen beträgt in Johannisthal jetzt nach Gewährung der mitgeteilten neuen Zulage für Verheiratete 24 Pf. und für Ledige über 19 Jahre 24 Pf. pro Stunde. Die Verdiensthöchstgrenze für Alfordarbeiter — ebenfalls ohne Erhöhung der Alfordräge — wurde auf 1,60 M. pro Stunde festgelegt. Derjenigen, die schon 1,60 M. hatten und mehr verdienen wollen, wurden auf den Weg direkter Verhandlung verwiesen.

Die Feuerungszulage der Vergolder.

In der Branchenversammlung am Dienstag wurde berichtet, daß die Vergolder in einer Reihe von Betrieben — sowohl Leistenfabriken wie Rahmenvergoldbetrieben — die Bewilligung der Feuerungszulage von 25 Proz. durchgesetzt haben. Das Ergebnis wurde durch das entschiedene Vorgehen der Arbeiter, zum Teil auch durch Arbeitsunterbrechung erreicht. Augenblicklich ist im Beruf eine gewisse Arbeitslosigkeit eingetreten, verursacht durch Mangel an Material, besonders an Spiritus. Sobald dieser Mangel behoben ist und die Arbeit wieder ihren gewohnten Gang geht, soll die Bewegung zur Durchsetzung der Feuerungszulage wieder mit aller Energie aufgenommen werden. Wenn auch die bisherigen Ergebnisse verhältnismäßig günstig sind, so will man doch nicht eher ruhen, als bis die Zulage in Höhe von 25 Proz. in allen Betrieben ohne Ausnahme durchgesetzt ist.

Erhöhte Kriegsernährungszulagen der Lichtenberger Gemeindegewerkschaft?

Die in den städtischen Werken Lichtenbergs beschäftigten Arbeiter und Handwerker haben der zuständigen Deputation folgende Forderung zu unterbreiten beschlossen:

Die zurzeit bestehende monatliche Feuerungszulage von 12 M. auf 26 M. zu erhöhen, ausschließlich der Kinderzulagen. Nur Begründung der Forderung wird folgendes ausgeführt: Die kürzlich erfolgte Neuregelung der Feuerungszulagen haben die Arbeiter der städtischen Werke in keiner Richtung befriedigt. Wenn wir im April d. J. durch unsere zuständige Organisation, den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, eine Erhöhung des Stundenlohnes von 5 resp. 7 1/2 Pf. und daneben eine Neuregelung der Feuerungszulagen von 18 M. monatlich forderten, so waren die damals gestellten Forderungen auf das Minimum dessen beschränkt, was notwendig war, um eine Linderung unserer Notlage herbeizuführen. Durch die inzwischen erfolgte weitere Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel sind die damals von uns gestellten Forderungen bei weitem überholt und unsere Notlage

ist größer denn je zuvor. In der Privatindustrie hat man weit mehr als in den städtischen Betrieben Lichtenbergs den Feuerungszulagen Rechnung getragen und ganz wesentliche Lohnerhöhungen gewährt. Aber auch die Stadt Berlin hat für die Arbeiter aller städtischen Betriebe eine bei weitem günstigere Regelung der Feuerungszulage durchgeführt, als wir sie in Lichtenberg zu verzeichnen haben. Der Höchstlohn in Lichtenberg beträgt die Stunde 50 Pf. = 4,50 M. den Tag, bei monatlich 26 Tagen = 117 M., dazu eine Feuerungszulage von 12 M. = 129 M. pro Monat.

Nach genauer Berechnung beträgt das Mehrertrommen eines Kammerearbeiters in Berlin 81,50 bis 46,50 M. monatlich. Der 15jährige Bursche der Berliner Straßenreinigung erhält eine monatliche Feuerungszulage von 19,50 M., während der vollwertige Lichtenberger Arbeiter nur 10 bis 12 M. erhält.

Aus Industrie und Handel.

Neue russische Eisenbahnbauten.

In einer Zusammenkunft der Vertreter der Bezirksausschüsse der mobilisierten Industrie wurden im einzelnen alle Regierungswünsche über neue Eisenbahnlösungen in einer Gesamtzahl von 100 und mit einer Gesamtlänge von 70 000 Werst geprüft. Die Mehrzahl der in Aussicht genommenen Eisenbahnen wurden gebilligt. Die wichtigsten davon sind Orel—Kowgorod (711 Werst), Uman—Nicolajew (461 Werst), Soratoff—Arrowskies Meer (90 Werst) und Kertsch—Zuapje (280 Werst).

Eingegangene Druckschriften.

Sob, das gelobte Land. Roman von M. St. Meyroni. 525 S. von G. Müller, München.
Gefeh über einen Wacuumstempel vom 26. Juni 1916. Mit Einleitung von Dr. H. Rheinstrom 2 M. — C. D. Sed, München.
Die Hölle der Verlorenen. Roman von Annie Garrot. — C. Deutschland hoch in Ehren! Roman von D. Binte. Einzelb. geb. 1 M. — Engelh. u. Kallins Verlag, Reutlingen.
Vom Ansoh zum Vortoreid. Von G. Weise. Geb. 2,40 M. — F. A. Verthes, Gotha.
Taus Gewalt! Politische Gedichte von Friedrich Stolze. Ausgewählt von H. Bendel. 82 S. — Kaden u. Co., Dresden.
Mit den Bulgaren. Kriegsberichte von Dr. H. Köster. 1,50 M., in Pappeband 2 M. — A. Langen, München.
Neden an die deutsche Nation. Von J. Rutter. 4,50 M., geb. 5,70 M. — C. Diederichs Verlag, Jena.
Landfrage und Kriegswitwe. 4. Heft der Schriften des Arbeitsausschusses der Kriegswitwen- und Waisenfürsorge. 1,30 M. — C. Hermanns Verlag, Berlin W. 8.
Geschichten aus der Stidballe. Von B. Scharrelmann. Geb. 1 M. — C. Neisdel u. Co., Berlin, Vinftr. 16.
Die Kämpfe um die feste Raug. Herausgegeben von der Feldgrauen- illustrierten Kriegsgeschichte der 50. Inf.-Div. Geb. 3 M. — Jmel-Verlag, Leipzig.

A. WERTHEIM

Herren-Kleidung

* Artikel sind nicht bezugsscheinpflichtig

* Artikel sind nicht bezugsscheinpflichtig

Oberhemden weiß, mit Pikee-Falteneinsatz, ungewaschen. 4.50
Oberhemden weiß, mit Pikee-Falteneinsatz, ungewaschen, m. Manschetten 4.90
Oberhemden farbig, mit Manschetten . . . 4.50
Oberhemden farbig, mit losen Manschetten 6.50
Uniformhemden weiß, Panamastoff, mit Klappmanschetten . . . 7.25
Nachthemden mit farbigem Besatz . . . 4.90

* Stehkragen mit Leinendecke, angebogene Form 5.70
* Eckenkragen (Marineform) verschiedene Höhen 5.40
* Stehumlegekragen geschlossene Form 1/2 Dutzend 6.90
* Selbstbinder gestrickt, Kunstseide, neue Muster 1.45
* Selbstbinder große offene Form, neue Muster 1.75

* Herrenhüte wech, verschiedene Farben . . 5.50
* Steife Haarfilzhüte gute Formen . . . 5.50
* Weiche Haarfilzhüte farbig 8.75
* Hosenträger kräftiges Ourtband 1.75
* Hosenträger gutes Gummiband 4.50
* Kragenschoner gestr., Kunstseide 2.50 3.75

Jackett-Anzüge gute Verarbeitung, in vielen Farben 68.00 80.00

Winter-Ueberzieher marengo, mit Samtkragen 42.00 68.00

Ulster mit Gurt u. Rückenfallen, hübsche braune Muster . . . 42.00 68.00

Maß-Anfertigung

Eigene Werkstätten im Hause
Garantie für tadellosen Sitz — Gute Verarbeitung
Winter-Anzüge . . . von 135 M. an
Winter-Paletots . . . von 150 M. an
Winter-Ulster von 160 M. an
Herren-Beinkleider von 40 M. an

Beinkleider moderne Streifen, gute Paßform 18.50 25.00

* Gummi-Mäntel zum größten Teil alte Gummierung 48.00 68.00

Oelhaut-Mäntel fürs Feld geeignet, bewährtes Fabrikat 23.50 29.50

* Geh- und Sport-Pelze sowie * Pelzwesten und * Joppen reichhaltig am Lager

Knaben-Kleidung

Schlupfanzug offene Form, aus dunkel gemustertem Stoff, in welchem Rinskragen u. Laß, schwarzer Krawatte, Armeel in Stickerel, für das Alter von etwa 4 Jahren 14.25
Jede weitere Gr. 50 Pf. mehr, ab 9 Jahre 75 Pf.

Hochgeschlossene Joppe aus grauem, lodenartigem Stoff, warm gefüttert, für das Alter von etwa 7 Jahren 6.75
Jede weitere Gr. 50 Pf. mehr, ab 9 Jahre 75 Pf.

Kurzer Kieler-Mantel aus blauem Cheviot, warm gefüttert, mit Ärmelstickerel und Kragenabzeichen, für das Alter von etwa 3 Jahren . . 15.50
Jede weitere Gr. 75 Pf. mehr, ab 9 Jahre 1 M.

Ulster zweireihig, in grau und braun, mit Rückengurt und aufgesetzten Taschen, für das Alter von etwa 5 Jahren 23.25
Jede weitere Gr. 75 Pf. mehr, ab 9 Jahre 1.25 M.

Lebende Hühner, Junge und alte

Fett- und Bratgänse

Große Mast-Enten

Gänse-Stückenfleisch

Gänsebrust u. -Keulen

Gänse-Klein, Fett u. Leber

Gänse-Pökelfleisch Pfund v 4.00 an

Suppenhühner . . Pfund von 3.25 an

Junge Hühner . . Pfund von 3.50 an

Geschlachtete Puten Pfd 4.50

Bücklinge Stück von 20 Pf. an

Flundern Stück von 20 Pf. an

Geräucherte Heringe Stück 65 Pf.

Fischbrühwurst Pfd. 2.80

Rauchfische Pfd. 2.45

See-Aal (Muraenen) 1 80, 4-Ltr. Dose 12.50

Geräucherte Aale } zu Tages-

Echte Sprotten } preisen.

Magdeburger Sauerkohl Pfd. 16 Pf.

Schollen (Scharben) Pfd. von 60 Pf. an

Schellfisch Pfd. von 1.55, Dorsch 1.65 an

Eis-Aale } zu billigsten

Lebende Aale } Tagespreisen

FrISChe Barse Pfund 2.25

Lachs (Weichsel), kleine . . Pfund 4.50

Lachs (Weichsel) gr., Pfd. i Ausschnitt 8.50

Salzfische, Kabliau, Seelachs, Schellfische

Weißkohl Pfund 5 und 7 Pf.

Wirsingkohl Pfund 18 Pf.

Rotkohl Pfund 20 Pf.

Mohrrüben Pfund 14 Pf.

Kohlrüben Pfund 7 Pf.

Grünkohl Pfund 18 Pf.

Sellerie Knolle 15 20 30 Pf.

Schwarzwurzeln . . . Pfund 28 Pf.

Bayr. Rettich Stück 10 15 Pf.

Tafeläpfel Pfund 40 Pf.

Boskopäpfel Pfund 55 Pf.

Zitronen Dutzend von 80 Pf. an

Milfix-Kunsthleisch (Kostproben Leipziger Straße) . . . Dose 2.20

Zur Abwehr.

Unter der geschmackvollen Ueberschrift: „Für politische Entrechtung! Eine Tat der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion“ bringt die „Leipziger Volkszeitung“ einen Artikel, in dem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion heruntergerissen wird, weil sie einem von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gestellten Antrage zu dem Gesetz betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften nicht zugestimmt hat.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte bekanntlich beantragt, die Unterstützungen der Familienangehörigen in den Dienst eingetretener Mannschaften zu erhöhen. Die Arbeitsgemeinschaft hat dazu folgenden Abänderungsantrag gestellt: die Ziffer b des § 11 des Gesetzes vom 28. Februar 1888, durch die den Familien die Unterstützung entzogen wird, wenn der Kriegsteilnehmer durch gerichtliches Erkenntnis zu Gefängnisstrafen von länger als sechsmonatiger Dauer oder zu einer härteren Strafe verurteilt wird, zu streichen.

Dass diese Vorkehrung in vielen Fällen eine unberechtigte Härte mit sich bringt, war von der sozialdemokratischen Fraktion längst erkannt. Sie hat sich mehrfach, zuletzt im Frühjahr dieses Jahres, im Reichstage bemüht, eine Abänderung dieser Bestimmung durchzuführen, jedoch ohne Erfolg. Bei dem Wiederausbruch des Reichstages hat der Genosse Quard durch eine kleine Anfrage von der Regierung Auskunft darüber verlangt, ob der § 11 des Familienunterstützungsgesetzes einer entsprechenden Abänderung unterzogen werden und dem Reichstage demnächst eine entsprechende Vorlage zugehen soll. Der Ministerialdirektor Dr. Dewald gab namens der Reichsregierung diese Erklärung ab:

Die Familien der Kriegsteilnehmer verlieren nach dem angezogenen Paragraphen die Unterstützung, wenn eine gerichtliche Strafe von mehr als sechs Monaten Gefängnis verhängt wird. Von diesem wohlwolligen Grundsatz kann nicht abgegangen werden. Der Reichskanzler hat jedoch Vorkehrungen getroffen, daß die Angehörigen der in Frage kommenden Personen nicht der Armenpflege anheimfallen, sondern aus Mitteln der Kriegswohlfahrtspflege unterstützt werden. Auch wird ihnen Reichswohlfahrt gewährt.

Durch diese bestimmte Erklärung der Reichsregierung werden die aus der Fassung des § 11b des Familienunterstützungsgesetzes sich ergebenden Härten erheblich eingeschränkt. Die Familien der beurteilten Mannschaften erhalten Unterstützung aus Reichsmitteln, Armenunterstützung und politische Entrechtung kommen also nicht mehr in Betracht. Wäre dennoch nach dem Antrag der Arbeitsgemeinschaft die Forderung der gatten Aufhebung des § 11b mit dem Beschluß auf Erhöhung der Familienunterstützung — dessen einstimmige Annahme im Reichstage gesichert war — verkoppelt worden, so wäre damit seine baldige Durchführung erschwert, mindestens aber hinausgeschoben worden. Jede Hinausschiebung der dringenden notwendigen Erhöhung der Familienunterstützung schädigt aber Millionen Kriegerfrauen und deren Kinder. In solchen Fällen war die Fraktion immer bestrebt, die Anträge so einfach wie möglich zu gestalten, um nun schnelle Entscheidung herbeizuführen. In dieser Beurteilung gab es auch keine Meinungsverschiedenheit zwischen den Fraktionsmitgliedern des Haushaltsausschusses; auch im Plenum stimmten Mitglieder der Linken, die in sozialpolitischen Dingen als gute Sachkenner gelten, gegen den Antrag der Arbeitsgemeinschaft.

Die Anträge der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft erwecken wiederholt den Eindruck, als ob sie nur gestellt worden seien, um nach ihrer Ablehnung durch die sozialdemokratische Fraktion Anklagen gegen diese erheben zu können. Hierfür nur ein Beispiel:

Ein Antrag der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft im Haushaltsausschuß verlangte eine Aenderung des Mannschaftsversorgungsgesetzes vom 31. Mai 1906, dahingehend, daß die Vollrente auf 2000,— M. festgesetzt und dementsprechend die Teilrente bemessen wird. Der Reichstag hat sich bereits im Jahre 1915 einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß die Renten der Kriegsschädigten nach der Höhe des Arbeitsverdienstes zu bemessen seien. Das ist ein sozialer Grundsatz, für den die sozialdemokratische Partei stets eingetreten ist. Da die Regierung eine Revision des Mannschaftsversorgungsgesetzes erst bei Kriegsende vornehmen will, ist zwischen Regierung und Reichstag eine Vereinbarung dahin zustande gekommen, daß bis zur gesetzlichen Neuregelung die nach dem Mannschaftsversorgungsgesetz zu zahlenden Renten freiwillig aus Reichsmitteln nach der Höhe des Arbeitsverdienstes des Kriegsverletzten zu bemessen sind. Die Verwirklichung des Antrages der Arbeitsgemeinschaft würde diesen Grundsatz vollkommen über den Haufen werfen und nun Gleichmacherei herbeiführen, die in ihren Wirkungen die größte Ungerechtigkeit zur Folge haben müßte.

Weitere Beispiele könnten beigebracht werden. Sie beweisen, daß man der soz. Fraktion nicht zumuten kann, die Politik der Arbeitsgemeinschaft unter allen Umständen mitzumachen.

In der „Leipziger Volksztg.“ wird schließlich die sozialdemokratische Fraktion wie folgt verdächtigt:

„Es war ihr Wille, den Antrag der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft abzulehnen. Sie wollten, daß die Familien der Beurteilten mit bestraft werden, daß den Beurteilten die politischen Rechte verloren gehen.“

Das ist eine so niedrige Unterstellung, daß jedes Wort der Abwehr überflüssig ist. Wir müßten darauf, wenn wir auf das gleiche Niveau heruntergehen wollten, antworten — um nur ein einziges Beispiel anzuführen —: Der Abg. Dr. Bergfeld von der Arbeitsgemeinschaft hat das Schutzhaftgesetz abgelehnt, weil er die vollkommene Rechtsunsicherheit der in Schutzhaft genommenen Männer und Frauen unter allen Umständen aufrecht erhalten will.

Berlin, 8. November 1916.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Politische Uebersicht.

Belehrte Revolutionäre.

Wenn man jetzt die konservative Presse über Polen liest, fällt man aus einem Erstaunen ins andere. Herr v. Bethmann hat es bei den Herren wieder einmal gründlich verlesen, weil die polnische „Reuorientierung“, die er anlündigt, für ihre Begriffe viel zu freiheitlich, ja geradezu jakobinisch ist. Während die sozialdemokratische Presse den Reichskanzler tadelt, weil er den notwendigen Schritt nicht ganz tut, findet die konservative, daß er schon viel zu weit gehe, und sie ruft nach „Bindungen“, nach „Garantien“ — als ob man ein Volk am besten dadurch gewinnen könnte, daß man ihm die Liebe zwangsweise beibringt.

Die Herren können eben nicht aus ihrer Haut heraus. Aber nein, einmal konnten sie es doch! Das war in den Augusttagen 1914, als die Kosaken über die Grenze ritten und viele ostpreussische Gutsbesitzer Hals über Kopf nach Berlin flüchteten. Damals, als die Gefahr blutrot am Himmel stand, erinnerte man sich auch in jenen Kreisen dre rettenden Kraft freiheitlicher Gedanken. Und die hilflos suchenden Vögel wandten sich dort hinüber, wo ein freiheitsliebendes Volk unter den Hieben der Jarengeißel ein Jahrhundert lang gestöhnt hatte. Alle Hoffnungen richteten sich auf die erwartete polnische Insurrektion.

Noch war Polen in russischer Hand. Noch drohte jedem Polen, jedem Juden, der in das Getriebe der großen Dampfwalze störend eingriff, der Würgetod in der eingeseiften Schlinge. Revolution machen ist immer ein lebensgefährliches Unternehmen, am lebensgefährlichsten dann, wenn ein Staat um seine Existenz kämpft und die militärische Gewalt schrankenlos regiert. Da wird nicht viel Federlesens gemacht, am allerwenigsten in Rußland.

In den Kreisen, in denen man jetzt von Polens Freiheit nicht wissen will, hoffte man damals, daß Polen Ostpreußen retten würde. Hindenburg sah noch in Hannover, Tannenberg war noch nicht geschlagen. Aber in der Erinnerung lebte der Heldenmut der polnischen Revolutionäre, die, das „Lied von der roten Fahne“ singend, aufrecht zum Galgen schritten. — Das „Lied von der roten Fahne“ war damals in deutsch-konservativen Kreisen sehr populär.

Indes bei bloßen Sympathien und Sympathieerklärungen blieb es nicht. Die Zeit forderte Taten, rauchendes Handeln war notwendig. Man könnte aus jenen Tagen manches erzählen, was recht merkwürdig klingt, und doch Tatsache ist. Das merkwürdigste daran ist, daß die Herren das alles heute so gut wie ganz vergessen haben. Vielleicht genügt eine kleine Andeutung, um ihr Gedächtnis wieder etwas aufzufrischen. Vielleicht — das ist aber freilich ein kühner Gedanke — genügt diese vorläufige Erinnerung, um sie zu einer gewissen Zurückhaltung zu veranlassen. Man würde sonst zu dem politischen Erfahrungssache kommen, daß sich die Begeisterung mancher Leute für die Freiheit Polens verringert im quadratischen Verhältnis zum Zwischenraum, der zwischen der russischen Front und der deutschen Grenze liegt. Und die Haltung der Konservativen in der Polenfrage würde dann nur beweisen, wie günstig man in konservativen Kreisen — im Gegensatz zu einer früheren Zeit, in der man noch die Polen zu brauchen glaubte — die Kriegslage beurteilt.

Die Organisation der Kriegsteilnehmer.

Aus einem Rundschreiben der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands an die Verbandsvorstände hat folgender Absatz den Weg in die Presse gefunden:

Die Einladung zur Konferenz der Vorstandsvorsteher am 20. November ex. anbei. Bezüglich Punkt 3 der Tagesordnung ist zu bemerken, daß von dritter Seite angeregt wurde, den Kriegsteilnehmern entweder zu empfehlen, in die Kriegervereine einzutreten und diese umzugestalten, oder für sie eine besondere, gleichartige Organisation wie die Kriegervereine zu schaffen. Die Konferenz soll überprüfen, ob ein geeigneter Weg gegeben ist, die bisherige nachteilige Wirkung der Kriegervereine auf die Arbeiterschaft zu beseitigen.

Die Ueberschrift „Sozialdemokratische Kriegervereine“, die dieser Mitteilung von einzelnen Wätlern gegeben wird, ist durchaus unzutreffend. Die in dem Rundschreiben erwähnte „dritte Seite“ wird von Kriegsteilnehmern gebildet, von denen die Organisierung ihrer aus dem Felde heimkehrenden Kameraden angeregt worden ist. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Teilnehmer am Weltkrieg nach ihrer Massentrückkehr in die Heimat auf die gemeinsame Vertretung ihrer Interessen bedacht sein werden. Sie werden, soweit sie durch den Krieg an Arbeitskraft und Gesundheit geschädigt sind, mit Recht die soziale Fürsorge in weitestem Ausmaß für sich in Anspruch nehmen, und sie werden jedem Versuch, sie in ihren politischen Rechten gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen zurückzusetzen, mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Aus dieser selbstverständlichen Gleichheit der Ziele dürfte sich auch die Notwendigkeit einer Verbindung von selbst ergeben.

Die Kriegervereine in ihrer heutigen Gestalt sind etwas ganz anderes als eine soziale und politische Interessvertretung der Kriegsteilnehmer. Eine solche müßte erst geschaffen werden, und zwar könnte das nicht von den Gewerkschaften oder von der Partei geschehen, sondern nur von den Kriegsteilnehmern selbst. Aber es ist nur natürlich, daß die Partei wie die Gewerkschaften eine solche Bewegung schon in ihren Anfangsstadien mit lebhaftem Interesse verfolgen. Daran, die Kriegervereine sozialdemokratisch zu machen oder „sozialdemokratische Kriegervereine“ neu zu gründen, hat niemand gedacht.

Steuer auf den „nachhaltigen“ Ertrag.

In gewissen ländlichen Kreisen wächst das Mißbehagen gegen die Heranziehung der landwirtschaftlichen Kriegsgewinne zur Steuer. Daß unter der Herrschaft des Krieges die Einnahmen der Landwirte enorm gestiegen sind, läßt sich natürlich nicht bestreiten. Um nun aber der Steuerbehörde das Zugreifen zu erleichtern, wird von agrarischer Seite mit mehr Worten als überzeugenden Gründen behauptet, daß die Wertminderung der landwirtschaftlichen Betriebe höher sei, als die gesteigerten Einnahmen. Den Vogel schießt nun aber die Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein ab. Sie hat an den Reichstag folgende Eingabe gerichtet:

„Es ist unmöglich, während der Kriegszeit den nachhaltigen Ertrag eines land- oder forstwirtschaftlichen Grundstücks zu ermitteln.“

Zunächst fehlt es den Verwaltungsbehörden an genügenden und geeigneten Beamten, und eine mangelhafte Veranlagung würde die Vollstreckung sehr gefährden. Ferner sind, während auf der einen Seite eine große Menge der erzeugten Gegenstände ganz ungleichmäßig teuer geworden sind, andererseits auch die Preise der Verbrauchsmittel und die Löhne stark gestiegen, und zwar

undergleichbar mit jenen wie unter sich. Wegen der Zwangslieferungen fehlen große Teile des Inventars ganz oder sind minderwertig ersetzt. Die gewöhnliche Dünung wie Inlandhaltung sind größtenteils unterblieben; ganze Teile des Betriebes sind zurückgelassen, andere regelwidrig und vorübergehend gesteigert. Forsten, die den Wärdern nahe liegen und aus bestimmten geachteten Holzern bestehen, werfen hohe Erträge ab; solche, die im umgekehrten Falle sind, stehen still.

Aus dem Zustande vom 1. Januar 1917 läßt sich also nach keiner Richtung ein Maßstab für den nachhaltigen Ertrag eines land- oder forstwirtschaftlichen Grundstücks gewinnen, und folglich auch nicht für den Wertzuwachs seit drei Jahren. Es ist demnach unumgänglich, die Veranlagung sowohl der preussischen Ergänzungsteuer als im Reich der Besitz- und Kriegsteuer bis nach dem Frieden aufzuheben, und den Zustand, der dann eingetreten sein wird, statt des vom 1. Januar 1917 der Ermittlung zugrunde zu legen.“

Der Steuereinschätzung soll also nur unterliegen der nachhaltige Ertrag. Da die Kriegsgewinne der Landwirtschaft natürlich mit der Beendigung des Krieges aufhören, so gehören sie nicht zum nachhaltigen Ertrag, dürfen also nicht zur Steuer herangezogen werden. Hoffentlich läßt sich die staatliche Verwaltung von Ansinnen dieser Art nicht beeinflussen.

Der Weg nach dem Haag.

In der „Nowoje Wremja“ hat neulich der russische Historiker Wolkowitsch die Entscheidungsfrage des Krieges auf die Formel gebracht: Berlin oder Haag? Soll heißen: Militarisierung der Welt oder Weltfriedensgericht? Dem russischen Gelehrten antwortete der bekannte Staatsrechtslehrer und frühere Vertreter Deutschlands im Haag, Prof. Philipp Jörn, im „Tag“: der Gang nach dem Haag habe für Deutschland durchaus nichts Unannehmbares. Das Problem, alle Streitfragen auf scheidgerichtlichen Wege zu lösen, habe zwar große, aber nicht unüberwindbare Schwierigkeiten. Prof. Jörn fährt wörtlich fort:

Noch ist die Zeit nicht gekommen, über Einzelfragen zu verhandeln. Aber dafür ist die Zeit gekommen, auch deutscherseits das Bekenntnis abzulegen, daß die friedliche, insbesondere scheidgerichtliche Erledigung internationaler Streitfragen, soweit eine solche nur immer möglich ist, durchaus den Grundzügen der deutschen Politik entspricht. Dies Bekenntnis ist ja von deutscher Seite schon wiederholt in feierlicher Weise gegeben worden. Und wenn in der Beurteilung dieser Dinge früher, so besonders im Jahre 1907, Fehler gemacht worden sind, so vertrauen wir jetzt, daß diese Fehler sich nicht wiederholen werden. Das Deutsche Reich, fern von allen Weltbeherrschungsgedanken und jeder Absicht der Bevormundung anderer Staaten, nur bestrebt, seine Einheit, seine Sicherheit, seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu bewahren, hat nicht den mindesten Anlaß, einer festen Ordnung für friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten zu widerstreben, falls diese Ordnung auf den Grundzügen der Gleichberechtigung aller Staaten beruht und sich im Rahmen und in den Grenzen des Rechts hält.

Diese Erklärung des Prof. Jörn, die offenbar im Sinne der maßgebenden Regierungstellen abgegeben worden ist, verdient als Zeichen deutscher Friedensbereitschaft im Auslande beachtet zu werden.

Die Zeit ist vorbei, da die Kriegsbegeisterten über den Friedenstempel vom Haag höhnten.

Bebel an Stettenheim.

Die Zeitschrift „Schaubühne“ veröffentlicht aus dem Nachlaß Julius Stettenheims einen Brief August Bebel's an den bekannten Humoristen. Bebel befand sich damals — im Frühjahr 1872 — mit Liebknecht zusammen auf der Festung Subertusburg, wo er seine Hochverratsstrafe abbüßte, und rüstete sich, nach dem Gefängnis von Juidau überzusiedeln, wo er noch eine Gefängnisstrafe wegen Majestätsbeleidigung abzumachen hatte. Bebel selbst hat in seinen Memoiren seine Haft in Subertusburg als seine Rettung aus der Gefahr des Ueberarbeitens und als seine beste Studienzeit geschildert. Der Brief, dessen Wortlaut wir folgen lassen, legt Zeugnis ab von dem Geißhunger nach Wissen, der den Zweieunddreißigjährigen besaß:

Subertusburg, den 7. März 1872.

Geehrter Herr S.! Noch einmal bevor ich die Räume von Subertusburg verlasse — was in 10 Wochen geschieht —, nehme ich mir die Freiheit, Ihre Güte für die Akquirierung einer Anzahl Bücher, die ich als geistiges Futter für Juidau brauche, in Anspruch zu nehmen.

Es ist eine ziemlich lange Liste und ein großes Stück Arbeit, für das ich Ihr Wohlwollen in Anspruch nehme.

Ich wünschte und bitte folgendes für mich zu erwerben und anher zu senden:

- 1. Hädel: Natürliche Schöpfungsgeschichte, neueste Auflage.
- 2. Fr. A. Lange: Geschichte des Materialismus. 2. Auflage.
- 3. A. v. Humboldt: Kosmos.
- 4. Adam Smith: Reichthum der Nationen (deutsch). Berlin: Fischer.
- 5. Dr. L. Hirt: Ueber die Krankheiten der Arbeiter. Freiburg u. Sohn, Leipzig u. Breslau.
- 6. Dr. v. der Goltz: Die ländliche Arbeiterfrage und ihre Lösung. Neueste Auflage. Rasmann, Danzig.
- 7. Tacitus.
- 8. Gollub, sollen in Stuttgart feinerseit bei Tafel erschienen sein.

Ferner erbitte ich mir aus dem Neclamschen Verlag gebunden: 9. Fichte: Reden an die deutsche Nation. 10. Seume: Spaziergang nach Syrakus. 11. Goldsmith: Landprediger v. Wakefield.

Auch bitte ich Sie, was von Schloßers Weltgeschichte seit Ihrer letzten Sendung an mich erschienen ist — ich habe 12 Bände — dem Paket beizufügen. Endlich erlaube ich mir anzufragen, ob es Ihnen gelungen ist, H. W. Zimmermann: Die Geschichte des großen Bauernkrieges aufzutreiben. Ich beabsichtige, wenn es mir meine sonstigen Arbeiten im Gefängnis erlauben, eine kurzgefaßte populäre Geschichte des deutschen Bauernkrieges zu schreiben, die für unsere Partei von großem Vorteil sein dürfte und dazu brauche ich dieses Werk von J. sehr nötig. Ist es nicht zu bekommen, muß ich es mir zuorgen suchen. Sie wollen in Rücksicht auf diesen Zweck der obigen Liste noch als 12. beifügen:

Carl Grün: Kulturgeschichte des 16. Jahrhunderts. Verlag der Winterischen Buchhandlung, Heidelberg.

Wie Sie aus obiger Liste ersehen, schilt es mir nicht an der guten Absicht, die Zeit im Gefängnis in nützlichster Weise zuzuschlagen und ich denke, daß mir dies ebenjotig und ohne die Gefahr der langen Weile und unnäher Grillenfängerlei gelingen wird, wie es mir und L. bisher gelungen ist. Wir befinden uns hier vor wie nach bei vortrefflichster Gesundheit und guter Laune,

welch letztere natürlich noch dadurch erhöht wird, daß der Tag unserer Freilassung — für L. schon in 6 Wochen — näher und näher heranrückt. Die in meinem letzten Brief als wahrscheinlich noch bevorstehende Ausquartierung nach Königsberg hat sich — zu unserer großen Zufriedenheit — nicht vollzogen, und so haben wir die Gewißheit, bis zum Ende unserer Festungshaft hier zu bleiben. Nach uns wird die „Bude“, um mit „Kollegen“ Windstocht zu reden, höchstwahrscheinlich geschlossen und habe ich die Ehre, der Letzte zu sein, denn L. und ich sind gegenwärtig die einzigen Insassen.

Sie wollen die Güte haben und bei Ueberreichung der Bücher die Rechnung beifügen.

Ich bitte Ihre liebe Frau aufs Beste von mir zu grüßen und grüße auch Sie aufs freundschaftlichste

Ihr ergebener

Aug. Sebel.

Liebknecht läßt gleichfalls grüßen.

Das tägliche Brot.

Gerabiehung der Preise für Hafernährmittel.

Durch Verordnung des Reichskanzlers sind die Höchstpreise für Hafernährmittel neu geregelt worden. Gegenüber den bisherigen Preisen bedeuten die neuen Höchstpreise eine erhebliche Verbilligung. Sie betragen im Kleinverkauf für Hafersoden, Hafersgrübe und Hafermehl lose 44 Pf. für das Pfund, für Hafersoden und -grübe in Packungen 56 Pf. für die 1 Pfund-Packung und für Hafermehl in Packungen 32 Pf. für die 1/2 Pfund-Packung. Für Hafernährmittel, die sich beim Inkrafttreten der neuen Höchstpreise bereits im Kleinhandel befinden, können die Landesbehörden für eine kurze Uebergangszeit die erforderlichen Ausnahmen zulassen.

Schweizerischer sozialdemokratischer Parteitag.

Zürich, 5. November. (Fig. Ver.)

Gestern nachmittag wurde noch die

Wundessfinanzreform

und die sozialdemokratische Initiative für eine direkte Bundessteuer behandelt. Darüber referierten die Nationalräte Müller-Vern in deutscher und Raine in französischer Sprache. Wir haben über die notwendige schweizerische Finanzreform kürzlich berichtet. Unter Bekämpfung und Zurückweisung der vom Bundesrat und seiner Expertenkommission geplanten indirekten Steuern begründeten sie die Forderung der direkten Bundessteuer und folgendes bezügliche Initiativbegehren. Hier wurde abends 7 Uhr abgedrochen.

In der heute fortgesetzten Debatte über die Bundessteuer verbreitete sich zunächst Gremli über die Finanzlage, unterstützte die Initiative und appellierte an den revolutionären Willen der Massen, hier wirksam und erfolgreich mitzuarbeiten. Sodann besprach er die verschiedenen Kriegsmassnahmen des Bundes, insbesondere die verschiedenen Monopole, von denen etwas in die Friedenszeit als Uebergang zum Sozialismus hinübergerettet werden sollte. Stadtrat Dr. Klöti-Zürich hatte beantragt, in die sozialdemokratische Steuerinitiative neben der direkten auch einige indirekte Steuern aufzunehmen. Er erklärte sich aber mit dem Antrag Müller einverstanden, seine Anträge dem Parteivorstand zur weiteren Prüfung zu überweisen.

Hr. Hauser-Wasel erklärte sich für die Ermächtigung des Parteivorstandes, mit der Initiative im geeigneten Augenblick loszuschlagen.

Grimm-Vern verwies gegenüber Anträgen auf Abänderung des Initiativbegehrens auf den bezüglichen Beschluß des Vorauer Parteitag 1915. Auch ist es gar nicht unsere Aufgabe als Oppositionspartei für die Deckung der Schulden und Defizite des Bundes zu sorgen. Vielmehr handelt es sich für uns darum, die Arbeiterklasse vor neuen Steuerlasten zu bewahren und das Geld da zu nehmen, wo es ist.

In seinem Schlusswort stellte der Referent Müller fest, daß die Expertenkommission des Bundesrats für die Finanzreform in ihren Sitzungen in Luzern den reinen kapitalistischen Klassenkampfstandpunkt stellte und schon deshalb wir uns ebenfalls auch auf den Klassenkampfstandpunkt stellen müssen bezw. diesen nicht verlassen dürfen. Er hielt an dem Initiativbegehren des Parteivorstandes unänderlich fest und beantragte die Ueberweisung aller anderen Anträge zur Finanzreform an den Parteivorstand zur Prüfung und als eventuelle Richtlinien.

In der Abstimmung wurde das Initiativbegehren einstimmig angenommen mit der einzigen Abänderung, daß das Minimal-einkommen von 4000 Fr. auf 5000 Fr. erhöht wurde. Ebenso wurden die verschiedenen Anträge betreffend Stellungnahme zu anderen Steuern dem Parteivorstande überwiesen. Den Zeitpunkt für den Beginn der Unterschriftenammlung soll der Parteivorstand bestimmen. Das Initiativbegehren lautet:

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizerbürger stellen hiermit gemäß Art. 121 der Bundesverfassung und dem Bundesgesetz vom 27. Januar 1893 über das Verfahren bei Volksbegehren und Abstimmungen betreffend Revision der Bundesverfassung folgendes Begehren:

1. Die Bundesverfassung wird durch folgenden Artikel ergänzt:

Art. 41 bis:

Der Bund erhebt jährlich eine direkte progressive Steuer auf Vermögen und Einkommen natürlicher Personen. Steuerfrei sind Kleinvermögen unter 20 000 Fr. sowie Einkommen einschließlich des Vermögensertrages unter 5000 Fr. Der Nachlass der Bundessteuerpflichtigen unterliegt der amtlichen Inventarisation.

Der Bund erhebt ferner jährlich eine direkte Steuer von juristischen Personen. Steuerfrei sind alle öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Anstalten und Betriebe, soweit deren Vermögen und Ertrag öffentlichen Zwecken dienen; ferner die übrigen Körperschaften und Anstalten, soweit deren Vermögen und Ertrag Kultus- oder Unterrichtszwecken, oder der Fürsorge für Arme und Kranke dienen.

Die Aufstellung der näheren Bestimmungen über den Umfang der Steuerpflicht, die Anlage der Steuer und die Steuerhöhe für natürliche und juristische Personen sowie über das Steuerverfahren ist Sache der Bundesgesetzgebung. Der Steuerbezug liegt den Kantonen ob. Die Kosten des Verfahrens und des Steuerbezuges trägt der Bund. Ein Teil des Brutto-Steuerertrages verbleibt den Kantonen.

2. Art. 42, lit. f der Bundesverfassung lautet: „... aus den Beiträgen der Kantone, deren nähere Regulierung, vorgezogen nach Maßgabe der Steuerkraft derselben, der Bundesratsgesetzgebung vorbehalten ist.“ wird aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt: „... aus dem der Bundesklasse zustehenden Ertrag der direkten Bundessteuern nach Maßgabe von Art. 41 bis.“

In der nachmittäglichen Sitzung wurde zunächst mitgeteilt, daß 216 Parteiorganisationen durch 885 Delegierte vertreten. Es folgt nun die Frage der

Parteiaufsicht.

Dazu liegt eine Statutenrevisionsvorlage der Kommission vor, ferner verschiedene Anträge, wovon ein Väter die Verschiebung der Statutenrevision vorschlägt.

Das einleitende Referat hielt Lang-Zürich, der zunächst einen geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung der schweizerischen Sozialdemokratie, namentlich auf das Verhältnis derselben zum Grütliverein, der sich im Jahre 1901 mit der Partei vereinigte, aber unter jenerer Aufrechterhaltung seiner besonderen Organisation im Rahmen der Partei. Ferner schilderte er den Streit, der nun seit längerer Zeit mit dem Grütliverein wegen der Herstellung der vollen Parteieinheit geführt wurde, die der Krieg zu einer dringenden Notwendigkeit machte. Dabei wies er die mancherlei schweren Vorwürfe von Führern des Grütlivereins gegen die Sozialdemokratie als unberechtigt zurück. Nun hat sich der Grütliverein von der Partei losgelöst und es soll nun auch nicht mehr mit ihm polemisiert, von ihm nicht mehr geredet werden.

Daran knüpfte sich eine lebhafte Debatte, insbesondere darüber, ob die Vorlage noch diskutiert und erledigt oder bis zum nächsten Parteitag verschoben werden soll.

Schließlich fand der Antrag Basel mit großer Mehrheit Annahme, nach dem Genossen nicht gleichzeitig einer Parteiorganisation und dem Grütliverein als Mitglied angehören dürfen. Bis zum 1. Januar 1918 haben sich die Grütlivereine zu entscheiden, ob sie der Partei oder dem Grütliverein angehören wollen; solche, die bis dahin ihren Austritt aus dem Grütliverein nicht erklären, werden aus der Parteiliste gestrichen. Mitglieder von aus der Partei ausgetretenen oder gestrichenen Grütlivereinen, die in der Partei öffentliche Vertrauensämter bekleiden, haben ihre Mandate niederzulegen. Dem „Grütliverein“ wird der Charakter eines Zentralorgans der sozialdemokratischen Partei abgesprochen. Für die weitere Vorberaterung der Statutenrevision ist eine sieben-gliedrige Kommission zu bestellen.

Als Parteipräsident wurde an Stelle des zurückgetretenen Dr. Studer-Winterthur wurde Stadtrat Dr. Klöti-Zürich gewählt. Die Genossinnen erhalten eine zweite Vertreterin in der Geschäftsleitung der Partei, die Jugendlichen zum erstenmal einen Vertreter. Sodann wurde die sieben-gliedrige Statutenrevisionskommission gewählt.

In einer Resolution wurde den Genossen Liebknecht, Mehring, Rosa Luxemburg und Dr. Adler die Sympathie des Parteitag ausgesprochen. Auch wurde beschlossen, für die Unterstützung der Opfer des Krieges soll eine Geldsammlung vorgenommen werden.

Nach 5 Uhr wurde der Parteitag mit dem Abhängen der Internationalen geschlossen.

Ein Konflikt in der Zentralauskunftsstelle der Arbeitsnachweise für Berlin und die Provinz Brandenburg!

Zur Laufe des Sommers 1916 sind mehrfach Verfügungen in Sachen Arbeitsnachweise ergangen, ohne daß die Zentralauskunftsstelle für Arbeitsnachweise anders als durch die Veröffentlichung der Verfügungen davon Kenntnis erhalten hat. Auch die Frage der Reklamation von Arbeitern für Heeresbedarf war trotz unserer Bemühungen immer noch nicht so geregelt, wie es seinerzeit der Beirat der Zentralauskunftsstelle in seiner Sitzung als notwendig erklärt hat. Alles wurde anstatt über die Zentralauskunftsstelle über den Verband Märkischer Arbeitsnachweise gemacht. Dies gab Veranlassung, daß im September 1916 gelegentlich einer Vorstandssitzung der Zentralauskunftsstelle gefordert wurde, daß eine Beiratsitzung einberufen werden sollte, die sich mit der Frage beschäftigte: Wie ist der Zentralauskunftsstelle die Bedeutung zu verschaffen, die ihr ihrer ganzen Stellung nach zukommt? — Es wurde verlangt, daß der Beirat eine Kommission von drei Mann bestimmen sollte, die mit dem Reichsamt des Innern und sonstigen in Frage kommenden Behörden Fühlung nimmt, um die Angelegenheit einmal zu regeln.

Die Beiratsitzung fand noch im September statt, und ist hier beschlossen, daß drei Mann mit den in Frage kommenden Behörden in Verbindung treten sollten, um zu erreichen, daß bei allen in Aussicht genommenen Verfügungen, die den Arbeitsnachweis betreffen, der Vorstand der Zentralauskunftsstelle vorher gutachtlich von den Behörden gehört wird. Auch sollen alle Gutachten und Anfragen wichtiger Art nicht vom Vorsitzenden, sondern vom Vorstand der Zentralauskunftsstelle erledigt werden.

Dem Vorsitzenden, Dr. Freund, wurde der Vorwurf gemacht, daß er als Vorsitzender der Zentralauskunftsstelle nicht in genügendem Maße die Interessen der Zentralauskunftsstelle wahrnimmt, sondern mehr die Interessen des Verbandes Märkischer Arbeitsnachweise, dessen Vorsitzender Dr. Freund gleichfalls ist.

Als Kommission zur Besprechung der Angelegenheit mit den Behörden wurden gewählt: Stadtrat Spiegel, Charlottenburg, Herr E. von Borjig und Cohen vom Metallarbeiterverband, Herr Dr. Freund wurde anheimgestellt, sich dieser Kommission anzuschließen.

Bevor die Unterredung im Reichsamt des Innern stattfand, erhielten die Vorstandsmitglieder der Zentralauskunftsstelle unter dem 29. September ein Schreiben, unterzeichnet Dr. Freund, worin dieser mitteilt, daß er sein Amt als Vorsitzender der Zentralauskunftsstelle niederlegt und zugleich auch erachtet, die Geschäftsführung, die bislang durch den Verband Märkischer Arbeitsnachweise erfolgte, in Zukunft anderweitig zu regeln.

Aus Anlaß dieser Mitteilung fand eine Besprechung der Gewerkschaftsvertreter im Beirat der Zentralauskunftsstelle statt. In dieser Besprechung wurde beschlossen, mit den Vertretern des Magistrats Berlin in Verbindung zu treten, um die aus der Amtsniederlegung des Vorsitzenden sich ergebenden notwendigen Änderungen in der Leitung und Geschäftsführung der Zentralauskunftsstelle zu besprechen.

In dieser Beratung, die am 10. Oktober stattfand, erfolgte eine Verständigung auf der Grundlage, daß zunächst bald eine Beiratsitzung vom stellvertretenden Vorsitzenden einberufen werden sollte, um die notwendigen Wahlen vorzunehmen.

Am 11. Okt. fand nun zunächst im Reichsamt des Innern eine Konferenz statt aus Anlaß des Beiratsbeschlusses vom 23. September. Teilgenommen haben an dieser Konferenz: als Vertreter des Reichsamts des Innern Geheimrat Vandmann, sodann die vom Beirat gewählte Kommission, außerdem nahm auf Wunsch des Staatssekretärs des Innern Dr. Freund an der Konferenz teil.

Gegenstand der Beratung war das Verlangen, daß der Zentralauskunftsstelle eine ihrer Stellung entsprechende Berücksichtigung seitens der Behörden zuteil werde, und zwar in allgemeinen Gutachten sowohl als auch Gutachten vor Erlass von Verfügungen, die Arbeitsnachweise betreffen. Ein Mitglied der Kommission gab einleitend eine Erklärung über den Zweck der Aussprache und sprach dabei zum

Schluss die Erwartung aus, daß das Reichsamt des Innern den doch wohl berechtigten Wünschen des Beirats entsprechen würde.

Der Vertreter des Reichsamts des Innern war der Meinung, daß die Zentralauskunftsstelle eine lokale Einrichtung sei und deshalb doch nicht gut von einer zentralen Behörde zu Gutachten und dergleichen herangezogen werden könne. Auch wäre die Frage der Reklamationen Sache des Kriegsministeriums.

Von einem Kommissionsmitglied wurde darauf hingewiesen, daß zwar die Zentralauskunftsstelle eine lokale oder vielmehr provinzielle Einrichtung sei, aber die Zentralauskunftsstelle der Provinz Brandenburg wäre in ihrer Art die vollendetste und könne deshalb ohne weiteres als die Vertretung der Zentralauskunftsstellen in Deutschland gedacht werden, so daß einer Heranziehung zu Gutachten usw. nichts im Wege stehe.

Was die Frage der Zuständigkeit betrifft, so habe am Tage vorher im Kriegsministerium eine Sitzung stattgefunden, in der ebenfalls Arbeitsnachweise verhandelt sind. Dabei sei dann auch der Streit mit der Zentralauskunftsstelle Brandenburg erwähnt. Hierbei habe ein Vertreter des Reichsamts des Innern gesagt, daß die Frage ja am nächsten Tage im Reichsamt des Innern behandelt werde und brauche deshalb in der Sitzung des Kriegsministeriums nicht weiter verhandelt werden. Gemeint war also die jetzt stattfindende Sitzung, und wenn man nun wieder sage, diese Frage gehöre ins Kriegsministerium, dann sei das Ganze nichts anderes, als daß man den Ball hin- und herwirft. Das ginge nicht; es solle eine bestimmte Entscheidung getroffen werden. Entweder man gestehe der Zentralauskunftsstelle das zu, was ihrer Bedeutung entspricht und mit dem Programm, das Staatssekretär Dr. Delbrück in der Konferenz im Reichstage am 30. April 1915 für die Zentralauskunftsstelle aufgestellt habe, übereinstimmt, oder die Zentralauskunftsstelle löse sich in Wohlgefallen auf. Dabei könnte man dann höchstens noch bedauern, daß den beteiligten Kreisen durch die Regierung soviel Zeit und Mühe unnötig genommen sei.

Dr. Freund bemerkt sodann, daß Ministerialdirektor Caspar ihm gegenüber geäußert habe, er (Caspar) habe es für selbstverständlich gehalten, daß die Zentralauskunftsstelle ein Organ des Verbandes Märkischer Arbeitsnachweise sei und daß aus der Tatsache, daß dies nicht der Fall, sich alle diese Schwierigkeiten ergeben haben. Es wäre auch unredlich, wenn man bemüht sei, den Verband Märkischer Arbeitsnachweise zurückzudrängen, der doch um die Frage der Regelung des Arbeitsnachweises erhebliche Verdienste habe.

Ein Kommissionsmitglied bemerkt dazu, daß gewisse Verdienste des Verbandes Märkischer Arbeitsnachweise an sich ja nicht geleugnet werden sollen. Das hindert aber nicht, daß man Einrichtungen trifft, die den praktischen Bedürfnissen entsprechen, auch wenn dadurch der Verband Märkischer Arbeitsnachweise nicht immer an leitender Stelle stehe. Konstatiert werden müsse aber, daß auch andere Kreise um die Regelung des Arbeitsnachweises große Verdienste für sich beanspruchen können und es sich auch nicht verdrücken ließen, für die ganze Frage erhebliche Kosten zu tragen. Die Zentralauskunftsstelle sei die zentrale Spitze aller Arbeitsnachweise, und deshalb unterstehe der Verband Märkischer Arbeitsnachweise ebenso wie alle anderen Nachweise der Zentralauskunftsstelle. Wenn der Verband Märkischer Arbeitsnachweise durch die Zusammenfassung aller Nachweise in der Zentralauskunftsstelle einen Teil seiner Selbstständigkeit verliere, so ginge das allen übrigen Arbeitsnachweisen ebenso, und müsse sich jeder Arbeitsnachweis eben damit abfinden.

Mit der Organisation des Verbandes Märkischer Arbeitsnachweise, wie mit dem Verband Deutscher Arbeitsnachweise und den übrigen Plänen Dr. Freund über die Organisation des Arbeitsnachweises können sich die direkt Interessierten nicht einverstanden erklären, weil ihnen in all diesen Körperschaften nicht der ihnen zukommende Einfluß zugestanden werde.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der übrigen Kommissionsmitglieder, die sich ebenfalls gegen Dr. Freund wandten, erklärte Dr. Freund noch, er werde auf dem schnellsten Wege nochmals den Vorstand des Verbandes Märkischer Arbeitsnachweise einberufen, um diesen zu veranlassen, ganz präzise zu der Frage der Zentralauskunftsstelle und der hierbei entstandenen Streitigkeiten Stellung zu nehmen.

Geheimrat Landmann meinte schließlich, es wäre doch gut, wenn über die strittigen Fragen eine Verständigung in der Zentralauskunftsstelle erzielt werden könnte. Im übrigen erklärt er sich bereit, das Verlangen der Zentralauskunftsstelle auf größere Berücksichtigung bei Gutachten und der Regelung der Reklamationen usw. befürwortend weiterzugeben. Damit war die Sitzung, die mehr als zwei Stunden gedauert hatte, beendet.

Am 26. Oktober fand sodann eine Sitzung des Beirats der Zentralauskunftsstelle im Rathaus der Stadt Berlin statt, und zwar unter Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden, Stadtrat Maas-Berlin. Dr. Spiegel-Charlottenburg berichtete über den Fortgang der Angelegenheit seit der letzten Beiratsitzung der Zentralauskunftsstelle und machte auch weiter Mitteilung über eine nach der Konferenz im Reichsamt des Innern stattgefundene Sitzung des Vorstandes des Verbandes Märkischer Arbeitsnachweise. Es wurde den Beiratsmitgliedern eine Entschlieung des Vorstandes des Verbandes Märkischer Arbeitsnachweise vorgelegt. Diese Entschlieung enthält drei Absätze. Der erste und zweite Absatz ist eine Angelegenheit des Verbandes Märkischer Arbeitsnachweise selbst, worin der Verband Märkischer Arbeitsnachweise sich selbst ein Zeugnis darüber ausstellt, von welcher großer Wichtigkeit er sei. Das ist eine Sache, die ja eine innere Angelegenheit des Verbandes Märkischer Arbeitsnachweise darstellt, da man ja niemand verdrängen kann, sich für so wichtig wie möglich zu halten. Interessant ist die Bemerkung in diesen Punkten, die da lautet: „Der Vorstand erkennt an, daß es einer Reorganisation des Verbandes bedürfen würde, um insbesondere Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden eine angemessene Vertretung in den Organen des Verbandes einzuräumen.“ (Man darf gespannt sein, was die Herren unter angemessener Vertretung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände verstehen.)

Der Punkt 3 der Entschlieung des Verbandes Märkischer Arbeitsnachweise beschäftigt sich nun direkt mit dem Konflikt in der Zentralauskunftsstelle, wie aus dem nachfolgenden Wortlaut hervorgeht:

3. Um die schwebenden Differenzen zwischen dem Verband Märkischer Arbeitsnachweise und der Zentralauskunftsstelle für Arbeitsnachweise zu beseitigen, ist der Verband Märkischer Arbeitsnachweise bereit, die Tätigkeit auf dem Gebiete der Reklamationen

und der Abgabe von Gutachten, die von beiderseitiger Seite eingeholt werden, unter Hinzuziehung des Vorstandes der Zentralauskunftsstelle auszuüben.

Die Vertreter der Arbeitnehmer wandten sich entschieden gegen diesen Punkt 3, der durchaus unannehmbar sei, und wunderten sich sehr, daß man ihnen etwas deroartiges anzubieten wagt.

Nach lebhafter Auseinandersetzung, die zeitweise äußerst scharf zugespitzt war, läuft schließlich eine Abänderung ein, die folgenden Wortlaut hat:

3. Um die schwebenden Differenzen zwischen dem Verbande Märkischer Arbeitennachweise und der Zentralauskunftsstelle für Arbeitennachweise zu beseitigen, verpflichtet sich der Verband Märkischer Arbeitennachweise, auf dem Gebiete der Reklamationen und der Abgabe von Gutachten, die von beiderseitiger Seite eingeholt werden,

den Vorstand der Zentralauskunftsstelle hinzuzuziehen. Reklamationen und Gutachten würden im Vorstand der Zentralauskunftsstelle zu beraten sein, wobei der Vorsitzende des Verbandes Märkischer Arbeitennachweise den Verband vertreten wird.

Obgleich auch dieses nicht die Erwartungen der Arbeitnehmer erfüllt und in sich ja auch verschiedene Unklarheiten und Widersprüche birgt, haben bei der Abstimmung die Vertreter der Arbeitnehmer für diesen Vorschlag gestimmt und damit erreicht, daß die Annahme einstimmig erfolgte.

Kunmehr wurde zur Wahl des Vorsitzenden geschritten. Der Vertreter eines kommunalen Nachweises schlug Dr. Freund wieder vor, der auch gewählt wurde.

Interessant ist auch, daß bei dieser Sitzung einer der Vertreter eines kommunalen Nachweises erklärte, daß er ja an sich nicht mit der Haltung des Vorstandes des Verbandes Märkischer Arbeitennachweise einverstanden sei, aber bei dem großen Einfluß, den Dr. Freund bei der Regierung habe, wäre es wohl das Beste, den Vorschlag des Verbandes Märkischer Arbeitennachweise anzunehmen; sonst würde wahrscheinlich überhaupt nichts werden.

Ein großzügig angelegtes Schwindelunternehmen betrieb seit einiger Zeit in Leipzig der 24jährige Handlungsgehilfe Albert Graichen. Eine Anzahl Leipziger Geschäftsinhaber sind auf seine mit Geschick vorbereiteten Betrugsereien mit großen Summen hineingefallen.

Naubüberfall im D-Juge. Zwischen Hanau und Frankfurt a. M. fand man vor einigen Tagen den Offizierstellvertreter Reinhold aus Marburg a. d. L. auf dem Bahndamper liegend tot auf. Die Leiche war ohne Waffentod beiseite, der Kopf des Leichnams in zwei Teile gespalten.

Eisenbahnunglück in Holland. Auf der Strecke Amsterdam - Harlem ereignete sich am Mittwoch ein Eisenbahnunglück. Die zwei letzten Wagen eines Schnellzugs entgleisten beim Passieren der Station Halfweg und wurden noch ein Stück mitgeschleift.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Nachruf. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schilder-animator Ernst Reinhold am 3. November im Alter von 27 Jahren verstorben ist.

Für Schuhmacher! Ausgestanzt Ober-Becke sortiert in Damen-Herren- und Kindergröße, Pfund 5 Mark. Bruno Senslau, Berlin-Weißensee, Langhans-Str. 33, Tel. 191 6.

Fredy Zigaretten direkt in der Fabrik zu Fabrikpreisen. 1000 St. Ia 14,- 1000 - Fredy-Zigaretten 1b 20,50 1000 - Harry Walden 3 26,- 1000 - Deutscher Sieg 1d 41,50

Spezialarzt für Haut-, Gyn., Frauenleiden, nerv. Schäden, Zahnkrankheiten. Dr. Ehrlich-Hata-Huren, Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum.

Wesmann's Trauermagazin. Größte Auswahl. Billigste Preise. I. Monrenstraße 37a (Kolonnaden). II. Or. Frankfurter Str. 115 (In der Andreastr.)

Lombard-Haus. H. Graf, Leipzigerstr. 70 II. Volle normale Bohlung. Diskretion, Reuehelt. Solangehaltige Uhren. Brillanten Schmucksachen.

Verh. d. Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands. Filiale Berlin. Unsere Mitglieder hiermit zur Nachricht, daß der Herrenkonfektionsschneller Ludwig Zenke geb. 19. August 1872, am 6. November verstorben ist.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege August Kircher am 3. August 1916, im Alter von 54 Jahren verstorben ist.

Orts-Krankenkasse für die Gewerbe der Tischler und Pianofortarbeiter zu Berlin.

Infolge unserer Bekanntmachung vom 18. Oktober 1916, betreffend die Ersatzwahlen der Vertreter und Ersatzmänner zum Ausschuss ist außer dem Wahlvorsitzenden des Vorstandes kein weiterer Wahlvorsitzender einmündig.

Die Gültigkeit der Wahl kann innerhalb eines Monats nach der Bekanntmachung des Wahlergebnisses bei dem Kassenvorstand oder dem Versicherungsausschuss der Stadt Berlin angefragt werden.

Bekanntmachung betreffend die Wahlen zum Vorstände der Ortskrankenkasse für die Gewerbe der Tischler und Pianofortarbeiter zu Berlin.

Gemäß § 24 der Wahlordnung laden wir hiermit die Vertreter der Arbeitnehmer des Ausschusses zur Vornahme der Ersatzwahl der Vorstandsmitglieder. Es sind zu wählen von Seiten der Arbeitnehmer 3 Ersatzmitglieder und 16 Ortsmänner.

Die Vertreter der Arbeitnehmer im Ausschuss werden hiermit aufgefordert, Wahlvorschläge anzustellen und dem unterzeichneten Vorstand spätestens bis zum 24. November 1916 einzureichen. Später eingehende Wahlvorschläge sind unzulässig.

Sind auf gültigen Wahlvorschlägen im ganzen nur zwei wählbare Bewerber benannt, wie Vorstandsmitglieder zu wählen sind, so gelten sie gemäß § 9 der Wahlordnung als gewählt.

Berlin, den 7. November 1916. Der Vorstand. Emil Soete, Fritz Junke, Vorsitzender, Schriftführer.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek Jedes Heft 20 Pf.

Protest.

Wir Unterzeichnete schließen uns ebenfalls dem Protest des Genossen Eugen Ernst an. Auch wir erklären ausdrücklich, daß wir uns dem Beschluß, den „Vorwärts“ zu boykottieren, nicht fügen, daß wir im Gegenteil für die weiteste Verbreitung desselben unsere ganze Kraft einsetzen werden.

- Perm. Silberstein, Reichstagsabgeordneter. Heinrich Schulz, Reichstagsabg. W. Gieseler, Reichstagsabg. Gustav Studzies, Reichstagsabg. Verah. Stein, Reichstagsabg. Hans Dreher, Reichstagsabg. Franz Hoff, Reichstagsabg. Karl Schulz, Reichstagsabg. Paul Goldberg, Reichstagsabg. Karl Rubin, Reichstagsabg. Gustav Fürtner, Reichstagsabg. Louis Hirsh, Reichstagsabg. Richard Merrens, Reichstagsabg. Wilh. Borst, Reichstagsabg. Otto Borst, Reichstagsabg. Paul Viedow, Reichstagsabg. Fritz Fischer, Reichstagsabg. Dr. Knüttler, Reichstagsabg. Herm. Schulz, Reichstagsabg. Max Bernhardt, Reichstagsabg. Emil Haack, Reichstagsabg. Friedrich Witzmann, Reichstagsabg. Aug. Heilmann, Reichstagsabg. Karl Wendt, Reichstagsabg. Max Reising, Reichstagsabg. Paul Schäfer, Reichstagsabg. Joseph Weis, Reichstagsabg. Clara Gaurandt, Reichstagsabg. Richard Maaser, Reichstagsabg. Otto Schwander, Reichstagsabg. Hermann Schneider, Reichstagsabg. Hermann Rau, Reichstagsabg. Franz Schulze, Reichstagsabg. Karl Viedow, Reichstagsabg. Paul Abraham, Reichstagsabg. S. Kravantschik, Reichstagsabg. Hugo Wanders, Reichstagsabg. Frz. Schmiedberg, Reichstagsabg. Hugo Thare, Reichstagsabg. S. Vost, Reichstagsabg. C. Wranigles, Reichstagsabg. Oswald Vetsche, Reichstagsabg. E. Reimann, Reichstagsabg. Ad. Lutz, Reichstagsabg. Ad. Neumann, Reichstagsabg. A. Lehmann, Reichstagsabg. G. Groh, Reichstagsabg. H. Stahl, Reichstagsabg. G. Hitz, Reichstagsabg. G. Hornig, Reichstagsabg. Heinrich Cunow, Reichstagsabg. W. Schipmann, Reichstagsabg. G. Wähler, Reichstagsabg. G. Born, Reichstagsabg. A. Jost, Reichstagsabg. C. Friedrich, Reichstagsabg. Albert Bergmann, Reichstagsabg. Fr. Tischler, Reichstagsabg. H. Kellinger, Reichstagsabg. Hans Strich, Reichstagsabg. Karl Witzmann, Reichstagsabg. J. Döring, Reichstagsabg. Otto Kobb, Reichstagsabg. Paul Müller, Reichstagsabg. Otto Kraft, Reichstagsabg. Heinr. Barwig, Reichstagsabg. Hermann Friese, Reichstagsabg. Dr. Georg Herzfeld, Reichstagsabg. Heinrich Zauerwein, Reichstagsabg. August Kaufner, Reichstagsabg. Franz Kessel, Reichstagsabg. Emma Gerlein, Reichstagsabg. Albert Roth, Reichstagsabg. Otto Rose, Reichstagsabg. August Brandenburg, Reichstagsabg. Bruno Sobczyk, Reichstagsabg. Heinrich Baumgart, Reichstagsabg. Julius Wolf, Reichstagsabg. Heinrich Köster, Reichstagsabg. Paul Scheele, Reichstagsabg. Johannes Hegemann, Reichstagsabg. Heinrich Jode, Reichstagsabg. Fritz Marth, Reichstagsabg. Franz Klein, Reichstagsabg. Wilhelmine Kähler, Reichstagsabg. Wilhelm Reimes, Reichstagsabg. Marie Gode, Reichstagsabg. August Schneider, Reichstagsabg. Hugo Jaddach, Reichstagsabg. Jul. Waffer, Reichstagsabg. Johannes Vantrod, Reichstagsabg. Helene Dantke, Reichstagsabg. Simon Stützli, Reichstagsabg. Fritz Böttcher, Reichstagsabg. Erich Trische, Reichstagsabg. G. Baumann, Reichstagsabg. Max Sassen, Reichstagsabg. Fr. Thiel, Reichstagsabg. Otto Sittler, Reichstagsabg. Karl Thieleke, Reichstagsabg. Martin Ehrlichfeld, Reichstagsabg. Franz Bierl, Reichstagsabg. Frau Johanne Steddin, Reichstagsabg. Florenz Kohnstony, Reichstagsabg. Robert Goldbach, Reichstagsabg. Herm. Heise, Reichstagsabg. Hugo Kähler, Reichstagsabg. E. Schröder, Reichstagsabg. Gustav Trinks, Reichstagsabg. Reinhold Kater, Reichstagsabg. Albert Lager, Reichstagsabg. Frieda Lager, Reichstagsabg. Moritz Kohn, Reichstagsabg. Max Garsner, Reichstagsabg. Otto Harsfeld, Reichstagsabg. Karl Lehner, Reichstagsabg. Franz Geiss, Reichstagsabg. Christian Franke, Reichstagsabg. A. Friedleben, Reichstagsabg. H. Herzer, Reichstagsabg. Hugo Zuber, Reichstagsabg. W. Köster, Reichstagsabg. August Jies, Reichstagsabg. Ludwig Fodapp, Reichstagsabg. August Schmidt, Reichstagsabg. Florian Tröger, Reichstagsabg. Paul Schmidt, Reichstagsabg. Frau Luise Friedrich, Reichstagsabg. August Pieper, Reichstagsabg. Paul Krüger, Reichstagsabg. Georg Preußner, Reichstagsabg. Frau H. Wollstein, Reichstagsabg. Frau Gise Rogon, Reichstagsabg. Arthur Banzel, Reichstagsabg. Richard Wichte, Reichstagsabg. Adolf Wuzler, Reichstagsabg. Wilh. Trautmann, Reichstagsabg. A. Säging, Reichstagsabg. Albert Kriesche, Reichstagsabg. Hermann Lorenz, Reichstagsabg. Edgar Reineis, Reichstagsabg. Emil Roth, Reichstagsabg. Konrad Haenisch, Reichstagsabg. Gie Kähn, Reichstagsabg. Margarete Grabow, Reichstagsabg. Martha Maack, Reichstagsabg. Gie Bauer, Reichstagsabg. Otto Schmidt, Reichstagsabg. Gustav Dögel, Reichstagsabg. G. Meißner, Reichstagsabg. Karl Schulze, Reichstagsabg. Frau Gertrude Kahn, Reichstagsabg. H. Branner, Reichstagsabg. H. Träger, Reichstagsabg. Rudolf Albrecht, Reichstagsabg. Martha Quack, Reichstagsabg. G. Rische, Reichstagsabg. Georg Bachhöfer, Reichstagsabg. Paul Krohn, Reichstagsabg. Karl Waghagen, Reichstagsabg. Max Richter, Reichstagsabg. Karl Kitter, Reichstagsabg. Karl Schilling, Reichstagsabg. Wilh. Schütz, Reichstagsabg. Leo Juch, Reichstagsabg. Johann Janda, Reichstagsabg. Max Köhner, Reichstagsabg. Otto Bräuer, Reichstagsabg. W. Wipprecht, Reichstagsabg. Rudolf Günther, Reichstagsabg. Frau Elise Badt, Reichstagsabg. Georg Schmidt, Reichstagsabg. Emil Garring, Reichstagsabg. Anna Haack, Reichstagsabg. Helene Strube, Reichstagsabg. Olga Wietke, Reichstagsabg. Frau Kette, Reichstagsabg. Aug. Heilmann, Reichstagsabg. G. Stühmer, Reichstagsabg. E. Hoffmann, Reichstagsabg. G. Günther, Reichstagsabg. Heinrich Nowald, Reichstagsabg. Frau Gertrud Schulz, Reichstagsabg. Friedrich Volja, Reichstagsabg. Herm. Schulz, Reichstagsabg. G. Albrecht, Reichstagsabg. Wilh. Gese, Reichstagsabg. Herm. Bauer, Reichstagsabg. Georg Rapp, Reichstagsabg. Erich Haas, Reichstagsabg. G. Jiegler, Reichstagsabg. H. Groß, Reichstagsabg. G. Anoblauch, Reichstagsabg. G. Terne, Reichstagsabg. Robert und Gertrud Altemann, Reichstagsabg. Erich Kewandowski, Reichstagsabg. Franz Seeländer, Reichstagsabg. Almond Wagner, Reichstagsabg. Otto Heilmann, Reichstagsabg. Wilh. König, Reichstagsabg. Edgar Schlichter, Reichstagsabg. Karl Berger, Reichstagsabg. August Weis, Reichstagsabg. Otto Vöckel, Reichstagsabg. Fritz Kruener, Reichstagsabg. Marie Friedrich, Reichstagsabg. Fritz Wustner, Reichstagsabg. G. Scharten, Reichstagsabg. Gustav Kling, Reichstagsabg. Wilhelm Kojahn, Reichstagsabg. Frau Maria, Reichstagsabg. H. Kraus, Reichstagsabg. Paul Weise, Reichstagsabg. Robert Kraus, Reichstagsabg. W. Weindt, Reichstagsabg.

Weitere Zustimmungserklärungen bitten wir an Eugen Ernst, Lindenstraße 2, zu richten.

Wanderbücher in die Umgebung von Berlin, ebenso Wanderkarten zu herabgesetzten Preisen sind vorhanden in der Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 68 :: Lindenstrasse 3

bringen in die verqualmte Wohnung ein. Kosten die betrauteten Kinder, den 4-jährigen Richard Wünsche und die 3-jährige Käthe Wünsche, heraus und brachten sie in ein gegenüberliegendes Haus. Samariter der in jüdischen alarmierten Feuerwehre heilten Wiederbelebungsbemühungen an, die nach einiger Zeit auch Erfolg hatten. Die Flammen konnten auf ihren Heerd beschränkt werden.

Aus den Gemeinden.

Versorgung mit Winterkartoffeln in Neukölln.

Der Magistrat teilt mit: Die Lieferung derjenigen Haushaltungen, welche ihren Winterbedarf an Kartoffeln für die Zeit vom 20. November 1916 bis 18. März 1917 bestellt haben, wird, wenn die Zufuhr anhält, voraussichtlich bis Ende dieser Woche beendet sein. Die mit der Zufuhr der Kartoffeln beauftragten Unternehmer sind angewiesen worden, nur lagerfähige Kartoffeln den Haushaltungen zu liefern. Insofern die Unternehmer diese Bedingungen nicht erfüllt haben, haben sie vom Magistrat Anweisung erhalten, die mangelhaften Kartoffeln umzutauschen. Dessen ungeachtet ist es, insbesondere bei der diesjährigen Kartoffelernte, unvermeidlich, daß durch Fäulnis usw. ein Teil der Kartoffeln verloren geht. Infolgedessen ist es notwendig, die gelieferten Kartoffeln von Zeit zu Zeit einer Kontrolle zu unterziehen und nicht völlig trockene Kartoffeln sofort zu verbrauchen. Insofern von den für den Winterbedarf gelieferten Beständen genommen wird, muß der Verbraucher, um später nicht in Verlegenheit zu geraten, aus seinem jetzigen Kartoffelbestande auf Grund der Kartoffelliste die Ergänzung des Weinandes vornehmen. Wir weisen wiederholt darauf hin, daß ein Ersatz für in Verlust geratene oder vorzeitig verbrauchte Kartoffeln nicht geleistet werden kann. Wir richten daher an unsere Bürgerchaft, namentlich die Witte, die in eigene Verwahrung genommenen Kartoffelbestände andauernd einer Prüfung zu unterziehen, damit durch mangelhafte Ueberwachung keine Verluste entstehen. Die an die hiesigen Einwohner zur Selbstverwahrung ausgegebenen Kartoffeln betragen rund 150 000 Zentner.

Milchversorgung in Reinickendorf.

Eine neue Regelung erfährt die Milchversorgung vom 20. November ab. In diesem Tage verlieren die jetzt geltenden Milchkarten ihre Gültigkeit. An deren Stelle treten neue Vollmilchkarten, die jetzt bei den Protokommissionen zur Ausgabe gelangen. Die Ausgabe erfolgt täglich von 8 bis 3 Uhr, und zwar, um einen Andrang zu vermeiden, für die Bezugsberechtigten mit den Namensanfangsbuchstaben A-F am 8. November, G-K am 9. November, L-R am 10. November, S-Z am 11. November.

Die zur Veranschaulichung gelangenden Vollmilchkarten lauten für Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahre über 1 Liter, für ältere Kinder bis zum vollendeten 4. Lebensjahre über 1/2 Liter, für Kinder im 5. und 6. Lebensjahre über 1/2 Liter. Schwangeren Frauen, die einen Nachweis darüber beibringen, daß sie sich in den letzten drei Monaten vor ihrer Entbindung befinden, erhalten Bezugskarten über 1/2 Liter täglich und Kranke auf Grund einer ärztlichen Bescheinigung auf 1/2 bis höchstens 1 Liter. Bei der Abholung der Bezugsarten sind bei der Protokommission für Kinder deren Geburtsurkunden (event. Familienkassenbuch) und für Kranke und Schwangere Bescheinigungen der Ärzte oder Hebammen vorzulegen. Die Bezugsarten berechtigen zum Bezug von Vollmilch nur bei demjenigen Milchhändler, bei dem der Bezugsberechtigte seinen Bedarf angemeldet hat und bei dem er in die Kundenliste eingetragen ist. Bei der Anmeldung zur Kundenliste hat der Milchhändler von der vorgelegten Karte den Familienabdruck abzutrennen und die Karte selbst mit seiner Firma und der Nummer seiner Kundenliste zu versehen. Die Anmeldung zur Kundenliste muß spätestens bis zum 11. November a. b. e. n. d. s. bei dem Milchhändler erfolgt sein. Spätere Anmeldungen können vom Händler nicht mehr berücksichtigt werden.

Briefkasten der Redaktion.

S. S. 100. 1. und 2. Nach einer Verordnung über die Familienunterstützung vom 21. Januar 1916 kann die Familienunterstützung nicht verweigert werden, wenn das Einkommen des zum Heeresdienst Ein-

gesetzten in den Dufen der Tarifklasse B 1000 M. und weniger, in den Dufen der Tarifklassen C und D 1200 M. oder weniger betrug. Da Sie den Ort nicht angegeben haben, wissen wir nicht, zu welcher Tarifklasse der Ort Ihres Wohnortes gehört. Sie müßten sich danach erkundigen und Ihre Frau müßte dann event. auf Grund dieser Verordnung Beschwerde an den Regierungspräsidenten wegen Verweigerung der Kriegsunterstützung einreichen. — A. S. 1. 1. Nein. 2. Bei dem Amtsgericht Berlin-Mitte. 3. und 4. Ja, die Höhe derselben läßt sich vorher nicht bestimmen. 5. Ja. — 102. S. W. 1. Anspruch auf Alimenten besteht, wenn die Witwe selbst invalide ist. Rentenrente wird ohne weiteres gezahlt. Die Höhe der Rente können wir nicht angeben, da wir nicht wissen, wieviel und in welcher Klasse Renten gezahlt werden. Bedingung für den Bezug der Rentenrente ist, daß mindestens 200 Renten gezahlt sind. 2. Nach Eintritt der Rechtskraft des Urteils. Die Kandidatur ist zulässig. — C. S. 1000. Pagen ist in Rücksicht auf die Kriegszeit jetzt nicht zu machen. — S. A. 15. Die Unterhütung wird deshalb nicht erhöht. — C. S. 100. Sie sind als dauernd untätig erachtet und unterstützen nicht der militärischen Kontrolle; müßten sich aber auf persönliche Urber stellen. — D. S. 34. Sie haben keinen Anspruch auf Lohn für den ganzen Tag, wenn Sie sich mit dem zeitweiligen Aussehen einverstanden erklären. Sie können Kündigung und Beschäftigung beim Lohn bis zum Ablauf der Kündigungszeit verlangen. — S. A. 71. Sie sind bei der letzten Musterung als arbeitsverwendungsfähig erkannt worden, können also als Arbeitslohn eingezogen werden. Die letzte Musterung ist maßgebend. — S. S. 105. Das Gewerbeamt hat mit der Sache nichts zu tun. Die Klage wäre beim Amtsgericht zulässig. Eine Klage erhebt aber auch wenig Aussicht, da für den geringen Arbeitslohn eine taubellöse Unterhütung kaum verlangt werden kann. — G. S. Marienfelde. Rein. — Tausig 1907. 1. Diebstahl gibt es in der Ehe nicht, der Strafantrag ist daher gegenstandslos. Ueberhaupt war die Frau zur Mitnahme ihrer Sachen berechtigt. 2. Die Klage könnte nur die Schwiegermutter erheben. — G. W. Die Anmeldung zur Schlichtung muß dem dortigen Gemeindevorsteher erfolgen. Für Ihren Verbrauch kann das Schwein nicht geschlachtet werden, Sie müßten es sechs Wochen vor der Schlachtung selbst geschlachtet haben. — K. S. 68. Sie hatten als Erben für die Rente bis zum 1. April. Der Vorkauf Beschränkung suchen durch Kündigung in dem Nachlass der Mutter. Soweit er heraus nicht befreit wird, hat Sie und Ihr Bruder zur Zahlung verpflichtet. Sie müßten aber außerdem den Betrag zum 1. April kündigen. — M. D. 25. Sie müssen den Eigentümer des Hauses durch eingeschriebenen Brief den Verkauf androhen. Nach Ablauf eines Monats können Sie das Haus öffentlich versteigern lassen. — 999. G. S. 1. Ja. 2. Wenn das Verbrechen jetzt erst bekannt wurde, ja. 3. Nur wenn das Kind überfällig nicht befähigt ist, durch Erwerbsarbeit seinen Unterhalt selbst zu verdienen.

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
 7 Uhr, neuinszeniert:
Minna von Barnhelm.
 Freitag 7 1/2 Uhr: **Soldaten.**
Kammerspiele.
 8 Uhr: **Jonathans Töchter.**
 Freitag: **Gespensersonate.**
Volksbühne, Theater a. B. B. W. P.
 8 1/2 Uhr: **Das Wintermärchen.**
 Freitag: **Das Wintermärchen.**
Theater i. d. Königgrätzerstr.
 Dir. Meinhart-Bernauer.
 8 Uhr: **Erdgeist.**
Komödienhaus
 8 Uhr: **Der 7. Tag.**
Berliner Theater
 8 Uhr: **Auf Flügeln des Gesanges.**

Lessing-Theater.
 Direktion: Victor Barnowsky.
 8 U.: **Die beiden Klingsberg.**
 Freitag: Paor Gyn.
 Sonnabend, Sonntag: **Die beiden Klingsberg.**
Deutsch. Künstler-Theater.
 Allabendlich 8 Uhr: **Moral.**
URANIA
 Taubenstr. 48/49.
 8 Uhr:
 Kapitänleutnant van Bobber:
 Skagerrak.
 Unsere Hochseeelite im Weltkrieg.
 Hörsaal 8 Uhr: Dr. Wilh. Berndt:
Darwins Lehre I.

Circus Busch
 Tägl. 8, Sonnab. u. Elg. 3 1/2, u. S. U.
Afra
 das geheimnisvolle
 psychologische
Rätsel.
 8 ulkige Backel in Ihren
 sowie alle übrigen Nummern.
 Die erfolgr. Wärdchen-
 Sceni-Spanionette
 9 1/2 Die Geierprinzessin. 9 1/2

Possen-Theater.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Ein unnatürl. Sohn
 Sagen wir — die Hälfte
 mit Leonhard Haskel.
Voigt-Theater.
 Badstr. 58. Täglich: Badstr. 58.
Verwast.
 Stoffeneröffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.

Theater am Donnerstag, 9. November.
 Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
 8 Uhr: **Mignon.**
 Friedrich-Wilhelmsstadt. Theater
 8 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**
Geb. Herrnfeld-Theater
 8 1/2 Uhr: **Villa Pachessina.**
Kleines Theater
 8 Uhr: **Henriette Jacoby.**
Komische Oper
 8 1/2 Uhr: **Die schöne Kubanerin.**
Lustspielhaus
 8 1/2 U.: **Der selige Balduin**
Thalia-Theater
 8 1/2 U.: **Blondinechen.**
Trianon-Theater
 8 1/2 U.: als Gast.

Metropol-Theater
 8 Uhr: **Die Gardsfürstin.**
 Sonntag 3 Uhr: **Die Kaiserin.**
Neues Operettenhaus
 Kassentelephon: Norden 281.
 8 Uhr: **Der Soldat der Marie.**
Residenz-Theater
 8 Uhr: Zum ersten Male:
Die Warschauer Zitadelle.
Schiller-Theater O
 8 Uhr: **Glaube und Heimat.**
Schiller-Th. Charlottenb.
 8 Uhr: **In Behandlung.**
Theater am Nollendorfpl.
 8 1/2 U.: **Lied v. d. Glocke, Wallonst. Lag.**
 8 1/2 U.: **Blaue Jungens.**
Theater des Westens
 8 Uhr: **Die Fahrt ins Glück**
 mit Guido Thielscher.
 8 1/2 Uhr: **Wallensteins Tod.**

Rose-Theater.
 Bei aufgehobenem Abonnement:
Lillis Vergeltung.
Walhalla-Theater.
 8 Uhr:
Seemannsleben.
Palast
 Tägl. 8 Uhr. Sonnt. 3 1/2, u. 8 Uhr.
Otto oder Otto?
 Operettom. Else Böttcher, Adels
 Sandrock, Iugo Brandt usw.
 Ferner: H. Stedl und die
 neuen Novemb.-Spezialitäten.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
 Jan Schick:
Friedensglocken.
 Selbst u. Wenzel. Anf. 8 U.
 Sonntag nach-
 mittag 3 Uhr:
 (Gemas. Preise):
Wellnachtsabend
 im Schlitzengraben

Berliner Konzerthaus.
 Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute: Großes Konzert
 Berliner Konzerthaus-Orchester
 Leiter: Komponist Frz. v. Sisa.
 Eintritt 30 Pf. Anfang 8 Uhr.
 Morgen: Großes Konzert,
 veranstaltet vom Verein ehemaliger Kameraden des Grenadier-
 Regiments Prinz Karl von Preußen (3. Brandenburgisches) Nr. 12.

Casino-Theater.
 Lethringer Str. 37. Täglich 8 1/2 Uhr
 Nur noch kurze Zeit
 der Berliner Poffen-Schlager
Meine gute Olle.
 Vorch das neue Novemberprogramm,
 u. a. Karl Groth als Neuzugabe.
 Sonntag 4 Uhr: Vatoras Wunderkur
Admiralspalast.
 Das herrliche Eisballett
Fran Fantasie.
 Anf. 8 1/2 Uhr. 2, 3, 4 M.

Das Recht
 während
 des Krieges
 Preis 40 Pf.
 Ein Buch, das Auskunft
 gibt über Familienunter-
 stützung, Wöchnerinnen-
 unterstützung, Kaufver-
 träge, Miete, Abzahlungs-
 geschäfte, Arbeitsver-
 trag, Familienrecht, Ar-
 beitsvermittlung, An-
 wohnungsveränderung,
 Zahlungsfrist u. v. a.
 Fragen, die das Rechts-
 verhältnis berühren
Buchhandlung
Vorwärts
 Berlin, Lindenstr. 3

Unsere "Marine" Cigarette
 2 1/2 Pf.
 einschliesslich Kriegsaufschlag
 Trotz Steuererhöhung behalten unsere Zigaretten
 ihre alten anerkannten Qualitäten.
Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft.



Den Genossen im Felde
 ist es Bedürfnis, über das politische
 und organisatorische Leben in der
 Heimat stets unterrichtet zu sein.
 Darum sendet Ihnen regelmäßig
die Neuerscheinungen
 der parteigenössischen Literatur
 des Krieges. Sie sind zu beziehen
 durch die Zeitungsausträger oder
 direkt durch die
BUCHHANDLUNG VORWÄRTS
 BERLIN SW. 68, Lindenstraße 3

Arbeiten Sie gern?

Sie können kein Vergnügen an Ihrer Arbeit finden, wenn Sie nicht mehr gut sehen können. Genau angepasste Gläser können Ihnen solche Arbeiten, die Ihnen bisher zur Last wurden, angenehm machen. Wenn Ihre Augen Ihnen Beschwerden bereiten, so belassen Sie uns, und wir wollen Ihnen ohne jede Verpflichtung Ihre-
 selbst zeigen, wie sehr unsere Sanofop-Gläser Ihnen Ihre Arbeit erleichtern helfen können.
 We unsere werke Kundschafft unsere Dienste zu schätzen weiß, bezugst nachstehendes Schreiben, das im Original nebst vielen Anzeigen in unserer Zentrale eingeschrieben werden kann:
 Herrn Optiker Ruhnke!
 Vielen Dank für Ihre freundliche Zusendung. Ich wüßte ja, daß Sie in jeder Beziehung reell sind. Auf Ihre Kulanz hat sich auch Ihr ganzes Geschäft aufgebaut. Ihr Entgegenkommen Ihrer
 Kundschafft gegenüber ist überall bekannt und wandte ich mich deshalb an Sie. Ich werde mich bei der
 Ihrer Interesse wahrnehmen. Ihre Kundin bleiben usf.
 Hochachtungsvoll
 gez. Frau L. S.-L.
 Kostenlos prüfen wir Augen und Sehkraft mit Geraßli und garantieren für passende Gläser sowie die Haltbarkeit aller Fassungen von 4.50 M. an. Dafür erlassen Sie bei uns schon einen guten Preis. Doublen Gläser (ohne Gläser) und dazu noch ein Jahr Garantie, d. h. so lange alle Reparaturen umsonst, selbst wenn die Fassung durch Ihre Schuld zerbrochen wird. Nur für Postkarte, Spahlpast und für zerbrochene Gläser haben Sie zu zahlen. Ein Paar stark gewölbte, punktfest ab-
 bildende Kontor-Gläser kosten bei uns nur 3 M. das Paar. Sanofop-Gläser 5 M.

Optiker Ruhnke, Berlin Neu: Wilmersdorf
 Berliner Str. 132/3
 Charlottenburg:
 Lauengien-Str. 15,
 Ecke Marburger Str.
 Joachimsthaler Str. 3,
 am Bahndor. Zoo.

C. Am Alexander-Platz
 neben Klinginger
W. Seipinger Str. 113,
 Ecke Mauerstr.
NW. Friedrich-Str. 150,
 Ecke Wollanstr.
N. Chaussee-Str. 73
SO. Oranien-Str. 44,
 nach Oranien-Platz
Friedrich-Str. 180,
 Ecke Raubstr.
N. Invaliden-Str. 104,
 Ecke Blumen-Str.

Sonntags
 von 12-2
 geöffnet.

**Sind's die Augen,
 Geh' zu Ruhnke!**
Friedenau:
 Rhein-Str. 15, Ecke Altes-Str.
 gegenüber der Kaiser-Villa